

Die „Volksstimme“
erscheint täglich mit Ausnahme
der Tage nach Sonn- und
Festtagen.
Verantwortlicher Redakteur:
H. Baumüller, Magdeburg.
Für den Inseratenteil
verantwortlich:
Karl Lantau, Magdeburg.
Verlag von B. Harbaum,
Magdeburg-Neustadt.
Druck von E. Arnoldt,
Magdeburg
Fernsprech-Anschluß
Nr. 1567, Amt I.

Volksstimme

Prämumerando zahlbarer
Abonnementspreis:
Bierteljähr. inkl. Bringerlohn
2 Mt. 25 Pf., monatl. 80 Pf.
In der Expedition u. den Aus-
gabestellen 2 Mt., monatl. 70 Pf.
Bei den Postanstalten 2,50 Mt.
inkl. Bestellgeld.
Einzeln Nummern 5 Pf.
Sonntags-Nummer 10 Pf.
Zeitungsliste Nr. 7095.
Inscriptionsgebühr 15 Pf.
Arbeitsmarkt 10 Pf.
für die gewöhnliche Zeile.

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Redaktion und Expedition: Magdeburg, Schmiedehoffstraße 5 u. 6. Motto: Die Wissenschaft und die Arbeiter
Ferdinand Lassalle.

Nr. 43

Magdeburg, Mittwoch, den 20. Februar 1895.

6. Jahrgang.

Parteigenossen, Parteigenossinnen! Unsere nächste Aufgabe ist es, einen der Stärke unserer Partei entsprechenden Saal zu beschaffen. Diese Aufgabe ist gelöst, sobald alle Freunde unserer Sache und deren Angehörige die Lokale meiden, deren Inhaber den Sozialdemokraten die Thüre gewiesen haben.

Die sozialdemokratische Partei

war es, welche sofort nach dem Bekanntwerden der Umsturzvorlage, in öffentlichen Versammlungen, in der Presse und in dem Parlamente auf die Gefahren hingewiesen, welche diese Vorlage birgt. Lange blieb die Sozialdemokratie auf dem Kampfboden allein — erst später wurden Stimmen aus dem gegnerischen Kreise laut, erst später bemächtigte sich die demokratische und freisinnige Presse dieser Frage und bei weitem später regten sich die Männer der Wissenschaft, Geistesliche u. und erhoben Protest gegen die geplante Knebelung des Wortes, der Organisation — wir haben diese Stimmen sorgsam registriert und ohne Ansehen der Person und deren sozialen Stellung unseren Lesern unterbreitet.

Auch heute sind wir in der Lage, auf zwei Kundgebungen gegen die Umsturzvorlage hinweisen zu können, die uns nicht ganz unwichtig erscheinen, obgleich viele Argumente der Kammer der Sozialdemokratie entnommen sind. Soeben geht eine Petition an den Reichstag, die in Gotha von den Herren Direktor Dr. Gmünder, Pfarrer Karl Lühr, Landgerichtsrat Rasch und Gymnasiallehrer Dr. A. Schmidt in Umlauf gesetzt worden ist. Die Unterzeichneten erklären sich gegen die Vorlage aus folgenden Gründen:

- 1) weil die zu treffenden strafbaren Handlungen zum Teil in sehr **dehnbaren Worten** bezeichnet sind;
- 2) weil manche Straffestellungen als **überflüssig** erscheinen, da die betreffenden Handlungen schon anderweitig im Strafgesetzbuch vorgesehen sind;
- 3) weil die Vorlage ohne **genügenden Anlaß** aus der gegenwärtigen Lage die Strafen häuft, während die Ausschreitungen zweifellos gegen früher nachgelassen haben; und ohnehin das Gefängnis kein Heilmittel ist;
- 4) weil, was man auch über etwaige Lücken im Strafgesetzbuch und etwaige Berechtigung zu Strafverschärfungen denken mag, die Einbringung dieser als „Umsturzvorlage“ **gehässig, weil partiell** wirkt; und somit
- 5) die Vorlage die Gefahr mit sich bringt, nur gegen gewisse Klassen von Staatsbürgern angewandt zu werden, und so den **Klassen Gegensatz** verschärfen wird, während es die dringende soziale Aufgabe ist, ihn zu mindern;
- 6) weil sie nicht bloß die verwerflichen Ausschreitungen politischer Agitation, sondern auch **das Berechtigte** in ihr trifft;
- 7) weil sie die von den unteren Klassen ausgehende **Kritik unserer Zustände und Sitten hindert**, dagegen die Sünden der höheren Klassen scheidet;
- 8) weil sie somit den schon sich anbahnenden Prozeß innerer Annäherung der Parteien vernichtet, dagegen die **Gefahr revolutionärer Gährung, ja anarchistischer Treibens vermehrt**;
- 9) weil sie auch die **Freiheit der Wissenschaft und der Kunst bedroht** und die Freiheit der öffentlichen Diskussion überhaupt in einer weit über das Maß des Notwendigen hinausgehenden Weise beschränkt;
- 10) weil weitere Strafbestimmungen zum Schutz von Religion, Monarchie, Familie, Ehe, Eigentum **unnötig** erscheinen, solche vielmehr jedem den Antriebe nehmen, selber für die bedrohten Ordnungen einzutreten;
- 11) weil wir insbesondere für die Religion im Interesse der Religion selbst keinen weiteren polizeilichen Schutz wünschen und durch die Einbeziehung des § 166 des Strafgesetzbuchs unter die Strafbestimmung gegen das „als erlaubt“ Darstellen von Bergehen nur den Nachteil, den unsere protestantische Kirche gegenüber der katholischen ohnehin schon durch diesen § 166 erleidet, ungemessen vergrößert sehen.“

Die Unterzeichner erklären deshalb weiter, daß sie mit dieser Vorlage nur die Gefahr für die Freiheit wie für die Ordnung wachen sehen, während die Knebelung von Mißbräuchen und veralteten Schäden zurückgehalten würde. Die Eingabe schließt:

Wir aber glauben, daß eine gerechtere Verteilung der Staatslasten, die aufrichtige Anerkennung der Gleichberechtigung aller Stände, und, um ein besonderes zu nennen, die durchgreifende Aenderung der Militärgerichtsbarkeit, unendlich fruchtbringender wirken würde, als alle neuen Strafparagrafen. Aus allen diesen Erwägungen bitten wir den hohen Reichstag, die Umsturzvorlage abzulehnen.“

Noch schärfer ist ein „Wettruf“, den einer unserer literarischen Altmeister, Wilhelm Jensen, in der Saalezeitung veröffentlicht. In diesem von freiem protestantischem Geist und grimmigem Zorn durchloderten Wettruf heißt es:

„Was mehr als ein Jahrtausend lang Rom vergeblich angestrebt — wofür es unzählbare Kriegsgreuel heraufbeschworen, Hunderttausende hingebracht, das deutsche Land verheert, Geschlechter ausgerottet, Inquisitionsgerichte geschaffen und Scheiterhaufen entzündet — wonach es dennoch immer umsonst gerungen hat — das trachtet es am Schluß unseres Jahrhunderts, nicht zunächst durch äußere Gewalt, sondern im Verband mit der protestantischen Orthodoxie und feudalem Junkertum durch ein Gesetz zu erreichen — sein unablässig gleiches Ziel: **den deutschen Geist zu knechten**. Die Freiheit des Wortes soll **erstickt**, die Freiheit der Wissenschaft **geknebelt** werden. Das ist der „Umsturzvorlage“ geheime Absicht und eigentlicher Inhalt. Aus Deutschland soll ein Spanien Philipps des Zweiten gemacht werden. Ein Alba ist erstanden, den wir nicht zu solcher Rolle fähig gehalten hätten. Wie konnte es bei uns dahin kommen, daß dieser Plan zu einer Ausführungsmöglichkeit gelangte? Laßt das Witzeln und Spöttern darüber, die Fronie und Sattler! Sie sind keine Waffen mehr im Kampf auf Tod und Leben. Man laßt nicht mehr, wenn die Flamme aus dem Dach schlägt; wer nicht stumpfsinnig zusieht, regt den Arm, die Feuerbrunst mit bewältigen zu helfen, eh sie das Haus rettungslos überlobert und es in Asche zusammenkürzt. Es giebt nur noch eine wirkliche Waffe: das gerade Wort, unbemantelt, jedem laut ins Ohr gerufen, ihn aus träger Schlafsucht wachzurütteln. Der geistige Untergang droht dem deutschen Volk, droht auch dir und deinen Kindern, wenn du stumm und die Achsel zuckend dreinblickst!“

Der Verfasser sucht dann nach den Gründen für so unerfreuliche Zustände. Er hält der „großen Zeit“ seit einem Vierteljahrhundert folgenden Spiegel vor:

„Sie hat rastlos daran gearbeitet, im nachwachsenden Geschlecht die Selbständigkeit deutschen Geistes zu verkümmern und zu vernichten. Sie hat aus der Jugend das Höchste getilgt, Begierde für ideale Lebensgüter des Gedankens und Gemüts. Sie hat dem unabhängigen Selbstdenkenden die Aussicht auf ein verdientes Fortkommen verschlossen und der willenlosen Fügsamkeit gleißelnden Lohn vorgehalten. Sie hat den äußern Schein und die innere Beere, die Heuchelei und die Gefühlsrohheit, den knechtischen Sinn, das Strebertum und das Korpswesen als „Blüte der Nation“ groß gezogen. Sie hat vom deutschen Herde den Geist geküchelt und zum Lebensziel das Trachten nach einem genußreichen körperlichen Dasein gemacht. Vor den Augen der Welt haben wir es herrlich weit gebracht.“ Aber wahrlich, im Besten, was wir gehabt, sind wir seit dem Jahre 1870 unabsehbar weiter zurückgegangen!“

Schließlich wendet sich der Verfasser des Wettrufes an den Reichstag — er vermischt die Rufer im Streite. Wir haben keine Salier und Stauffer mehr, keine Luther und Hutten — doch auch keinen Männermut mehr? Die Gefahr ist diesmal näher und ungeheurer! Mit Zunge und Feder reißt die Glocken zum Mahngeläut! Jeder Zaudernde, thatlos Schweigende ladet Mitschuld auf sich! **Ruft einen Sturm wach!** Wenn ihr zuzurufen sollt, weiß ich nicht. Bei der Reichsregierung wie beim Reichstag würde es nutzlos verhallen. . . .

Nun wenn Wilhelm Jensen ratlos vor diesen „ungeheuren“ Gefahren steht, wenn er nicht weiß, wem er zuzurufen soll, so unterschätzt er diejenige Klasse, welche allein berufen ist, über Umsturz und Umsturzgesetze zu obliegen — das ist das Proletariat, diese große Masse der Ent-erben, der Hoffnungslosen, welche man knebeln und mundtot machen möchte. Wenn Jensen seine Vorwürfe durchaus an den Mann bringen will, so wende er sich wenigstens an die **nationalliberalen Kulturpauer, die mit Leib und Seele für die Vorlage eintreten**. Und weiter können wir Jensen versichern, daß sich im Reichstage Männer finden werden, die mit des freien **Marx's** freier Rede die Vorlage bekämpfen werden, daß es noch **unabhängige Prekorgane** giebt, die furchtlos ihre warnende Stimme erheben. Und die Volksstimme ist das **einzige Organ** Magdeburgs, welches mit aller Entschiedenheit

gegen die Umsturzvorlage protestiert hat und protestieren wird — aber auch die sozialdemokratische Partei war hierorts nicht unthätig, — nur das Bürgertum schläft, und wenn es erwacht — kann dürfte es zu spät sein. —

Politische und volkswirtschaftl. Uebersicht.

Die **Deputation des Bundes der Landwirte** ist am Montag vom Kaiser empfangen worden. Herr v. Blöy verlas eine Erklärung, in der die Not der ostelblichen Junker geklagt wurde. Hierauf verlas der Kaiser eine Erklärung, der wir folgende Stelle entnehmen: „ . . . In dem Eifer, sich selbst zu helfen und den auf der Landwirtschaft lastenden Druck allen Kreisen des Volkes klar zu machen, haben sich Mitglieder Ihres Bundes in dem verflochtenen Jahre zu einer Agitation in Wort und Schrift **verführen** lassen, die, über den Rahmen des Zulässigen hinausgehend, mein landesväterliches Herz tief tranken mußte. . . . Mein landesväterlicher Rat geht deshalb dahin, daß die Herren jeder **sensationellen Agitation sich enthalten** und mit Vertrauen der Arbeit des Staatsrats folgen mögen. . . .“

In **sensationeller Weise** agitierte Montag Abend der Bund der Landwirte. Im Feenpalast waren 5000 Personen anwesend. Herr v. Blöy agitierte gegen die Handelsverträge, Graf Wirsbach empfahl den Anschluß an den **bimetallistischen Bund**, der sich am Dienstag konstituiert hat, und Graf Kanitz empfahl seinen Antrag auf **Verstaatlichung der Getreidezufuhr**. Schließlich teilte der Generalsekretär des Bundes mit, daß die Mitgliederzahl sich um 10000 vermehrt habe. Ob diese Agitation auch über den Rahmen „des Zulässigen“ hinausgeht, kann Herr v. Hammerstein, der Landwirtschaftsminister, entscheiden, welcher neben dem Kaiser stand, als dieser vorstehend angebotene Erklärung verlas. Ja, so leicht sind die Junker nicht zu bändigen. Einmal die kleinen Bauern durch sensationelle Agitation aufgerüttelt, muß das Junkertum wohl oder übel noch weiter in das gleiche Horn blasen, geschieht das nicht, fallen die Landwirte vom allein-seligmachenden Bund der Landwirte ab. —

Gleiches Recht für Alle.

Freiherr v. Stumm spielt immer wieder darauf an, daß er den Professor Wagner zum **Duell** gefordert habe. Das christlich-soziale Volk, welches verwundert die Frage aufwirft, warum der Staatsanwalt gegen Herrn v. Stumm keine Anklage erhoben hat, schreibt: „Allem Anschein nach hat der preussische Justizminister den Berliner Staatsanwalt angewiesen, ob mit oder ohne Anfrage des Selben ist gleichgültig, gegen den Freiherrn v. Stumm die Anklage nicht zu erheben. Mit Recht bezeichnet es der frühere Landgerichtsrat G. Pflüger in Ulm, der nach dem Ausgang seines Disziplinarprozesses wegen angeblicher Nichtachtung seiner Kollegen sich in Ulm als Rechtsanwalt niedergelassen hat, in seinem Aufsatz der Deutschen Worte als anstößig, wenn die Verfolgung eines am hellen Tage verübten Vergehens unterbleibt, bloß weil es dem Staatsanwalt oder Minister beliebt. In der That sollte hier Wandel geschaffen werden, damit die Achtung vor dem Gesetz nicht Not leidet. Entweder sollte nach den Vorschlägen Pflügers der Staatsanwalt für einen Justizbeamten erklärt werden, für den nur das Gesetz und nicht die Weisungen eines Vorgesetzten maßgebend sind, oder aber es muß das Anklagenmonopol der Staatsanwaltschaft fallen, das heißt, es ist das Recht der öffentlichen Klage nicht nur dem Staatsanwalt, sondern jedem öffentlichen Rechtsanwalt einzuräumen unter Haftung der Kosten des Verfahrens, wenn nichts dabei herauskommt. Diese Anregung erscheint beachtenswert.“ —

Zur Koalition der Unternehmer. Kürzlich tagte in Berlin die konstituierende Versammlung des „Centralverbandes deutscher Brauereien gegen Verurscherklärungen“. Die Brauereien in den größten Städten Norddeutschlands sind ihm beigetreten. Zum Vorort wurde Berlin und zum Vorsitzenden Generaldirektor Köpcke, Berlin, gewählt. Und nun wehe Euch — Brauereiarbeiter, wenn Ihr jenem Ringe nicht das nötige Gegengewicht gebt. —

Wacht wider Wacht. Die demagogische Kreuzzeitungslogik persifliert der Vorwärts in trefflicher Weise: Ein Mann, der sich Sozialdemokrat nennt, hat in West-

fallen ein Dynamitattentat verübt. Dynamitattentate sind anarchoistische Taktik. Folglich sind alle Sozialdemokraten Anarchisten und Dynamitattentäter — also schreißt und schluchzender die Kreuzzeitung in ihrem Leitartikel vom gestrigen Abend. Die Vogil ist gut. Machen wir die Probe darauf. Ein Mann, der Jahre lang für eine Herde der Kreuzzeitungsmänner gilt, stiehlt in Spandau ein Faß voll Geld. Leute, die Fässer voll Geld stehlen, sind Spitzhüben und Hallunken. Folglich sind alle Kreuzzeitungsleute Spitzhüben und Hallunken. Diese durchaus konsequente Anwendung ihrer eigenen Vogil wird der Kreuztg. wohl nicht sonderlich munden. —

Ein neuer Unfall des Centrums. Wider Erwarten ist in der Budgetkommission der Uebungsplatz für das württembergische Armeekorps in der Sitzung am Freitag bewilligt worden. Allerdings wurden nicht die für den Grunderwerb geforderten 9 Millionen, sondern nur 5 Millionen Mark hierfür bewilligt. Der Referent Abg. Gröber (Ctr.) hatte am Schluß der Kommissionsitzung am Donnerstag sich entschieden gegen die Bewilligung ausgesprochen. Darauf hatte der württembergische Kriegsminister eine Ausführung gemacht, welche aber in keiner Weise über die gedruckte Erläuterung hinausging. Zwischen Donnerstag und Freitag aber hat sich die Centrumspartei alsdann mit den Konserverativen und National-liberalen für die Bewilligung von 5 Millionen verständigt. Derart liegt Gut Württemberg über die Interessen der deutschen Steuerzahler. Und das Centrum schmunzelt. —

Nach 30 Jahren!

Die Regierungs-Polizei-Verordnung vom 20. Oktober 1865 bedroht denjenigen mit Geldstrafe, welcher gegen das Verbot des Totengräbers auf einem Friedhofe eine Rede hält. Auf Grund dieser Verordnung war Genosse Kondla, welcher im August 1893 am Grabe des Webers Biedelbach beim Niederlegen eines Kranzes trotz des Verbotes des Totengräbers die Worte gesprochen hatte:

„Im Namen der Berufsgenossenschaft lege ich diesen Kranz nieder. So ehren wir unsere Toten. Möge Dir die Erde leicht sein“ vom hiesigen Schöffengericht zu 20 Mark Strafe verurteilt worden. Auf die Berufung des Angeklagten erkannte die hiesige Strafkammer auf Freisprechung, weil die gesprochenen Worte nicht als eine „Rede“ anzusehen seien. Hierdurch fühlte sich die königl. Staatsanwaltschaft beschwert; auf ihre Revision hob das Kammergericht das freisprechende Urteil auf und verwies die Sache an die Strafkammer zurück mit der Begründung, die fraglichen Worte seien als eine „Rede“ anzusehen. An diese Auslegung gebunden verurteilte nunmehr die Strafkammer Genosse Kondla wegen Haltens einer Rede zu 20 Mark Strafe. Hiergegen erhob jetzt K. durch seinen Verteidiger Herrn Rechtsanwält Lande Revision und sucht in dieser die Rechtswirksamkeit der angewandten Polizeiverordnung an. Und nun erklärte das Kammergericht im Urteil vom 21. Januar d. J. die Polizeiverordnung vom 20. Oktober 1865 wegen eines bei ihrer Veröffentlichung untergegangenen Formfehlers für ungültig und sprach den Angeklagten frei.

So ist denn von der höchsten Instanz eine Verordnung, durch welche fast 30 Jahre lang im Regierungsbezirk Düsseldorf das Reden am Grabe verhindert worden ist und auf Grund deren zahlreiche Personen bestraft worden sind, für unwirksam erklärt worden. —

Fenilleton.

(Schluß des vorherigen.)

Im Kampf ums Recht.

Roman aus der Zeit vor hundert Jahren.
Von Emanuel Wurm.

Diese Begebenheit erregte in Paris großes Aufsehen; man war neugierig auf die deutsche Prinzessin, welche benahe ein Opfer der Revolution geworden war. Doch Elisa hatte schon längst ihren Fürstentitel abgelegt; halb nach ihrer Genehmigung hat sie ihre Tante, die Fürstin Ebersdorf, aus dem vornehmen Paris, in dem jene in Paris gewohnt hatte, zu Paul und Anna, in das Haus des alten Schmied Barrin zu ziehen, und zwar nicht als Prinzessin, sondern als Elisa Steinthal und Klementine Ebersdorf.

So kam es, daß Wolfgang, der ja die Vertreibung der Könige aus dem Kloster hervorgerufen und zuerst von den Bekanntheiten der Aeltesten Kunde erhalten hatte, Elisa in Paris nicht aufsuchen konnte, obwohl er sie eifrig suchte. Sah er doch jetzt deutlich genug, daß er im Jargon gemeiner, als er gemeint, Elisa sei eine gläubige Tochter der Kirche geworden und habe sich freiwillig ins Kloster begeben.

Elisa aber ahnte gar nicht, daß Wolfgang noch am Leben sei, und während er die ungefülle Schamkeit seines Herzens dadurch beschwichtigen wollte, daß er sich mit der Hingabe seiner ganzen Kunst auch seiner an den Freiheitskämpfen der Franzosen beteiligte, bemühte sich Elisa, als Krankenpflegerin durch unermüdlige Hingabe für das Glück anderer zu vergessen, wie wenig Glück ihr selbst zu teil geworden.

Und so sollte ihr edler Sinn den schönsten Lohn erhalten.

In dem Brautgemache des Schlosses von Balmy, das jetzt wiederhalla von den Scuzern der Verwandten, jauchte sie den Geliebten!

Doch wie schwerlich war dieses Wiederfinden!

Zuerst schlug Wolfgang zum großen Entzücken Elisas die Augen auf, als sie ihn so innig küßte — doch matt, ausdauerlos blickte sie auf das schöne Antlitz des Mädchens.

„Woh! hasten seine Lippen: „Elisa! Elisa!“

Ausland.

Frankreich. Vor Jahren nahm die Gesetzgebung einen Anlauf, das gesetzwiderige Treiben der Unternehmer zu steuern (jeden Arbeiter, der von dem Koalitionsrecht Gebrauch macht und einer Gewerkschaft angehört, zu maßregeln) und das Koalitionsrecht der Arbeiter zu schützen. Allein das betreffende Gesetz, das jeden Eingriff der Arbeitgeber in das Koalitionsrecht der Arbeiter mit Gefängnis bestrafte, ging auf dem bekannten Weg zwischen Nationalversammlung und Senat verloren — wie die meisten vernünftigen Gesetzesvorschläge. Jetzt haben sich nun die französischen Gewerkschaften zu einem neuen Versuch, für das Koalitionsrecht gesetzlichen Schutz zu erlangen, entschlossen und zu diesem Zweck sich mit der sozialistischen Kammerfraktion in Verbindung gesetzt. Zwischen den Kammerabgeordneten und Gewerkschaftsdelegierten finden jetzt Konferenzen statt, die jedenfalls zu einer Verständigung über die Art des gesetzgeberischen Vorgehens führen werden.

Die Lustbarkeitssteuer

verursacht dem Saalbesitzerverein und den übrigen Saal-inhabern Kopfschmerzen. Die Annahme der Steuer sei für das Gastwirtsgewerbe ein vernichtender Todesstoß, hört man von Saalbesitzern reden. Es ist auch Thatsache: das Gastwirtsgewerbe wird empfindlich von dieser Steuer betroffen. Nach dem jetzt der Stadtverordnetenversammlung vorliegenden Entwurfe sollen öffentliche Tanzlustbarkeiten nicht besteuert werden, dagegen aber sämtliche Vereine, die Tanzlustbarkeiten veranstalten, und zwar mit 5—30 Mk., je nach Zahl und Lebenslage der Teilnehmer oder Mitglieder, der Größe des Lokals und der Dauer des Vergnügens, daß alle Maskenbälle, sowohl öffentliche wie die von Vereinen veranstalteten, mit 50—150 Mk. zu besteuern sind, daß Kostümfeste und Kostümbazare wie Maskenbälle zu behandeln sind, daß für Einzel-Tanzel-Vorstellungen, auch kleiner Art, 1—15 Mk., für Circusvorstellungen täglich 10—100 Mk., für öffentliche Schaustellungen täglich 50 Pf. bis 10 Mk., für Karussells, Würfel- und Spielbuden täglich 50 Pf. bis 3 Mk., für Schießbuden täglich 50 Pf. bis 1 Mk., für Marionettentheater, Panoramen usw. täglich 50 Pf. bis 10 Mk. zu zahlen sind, daß aber alle Konzerte steuerfrei sein sollen. Es sieht so aus, als wenn nur Vereine besteuert werden sollen, aber näher betrachtet, muß man doch sagen, daß zum Teil die Wirte den Schaden tragen.

Gegen diese Steuer haben wir uns von vornherein gewandt, da wir es nicht haben wollen, daß dem armen Manne sein einziges Vergnügen verteuert werden soll und da diese Steuer, wie jede andere, nur eine weitausläufige Aufbringung der Kosten für Militär-, Marine-, Kolonial- und dergleichen Ausgaben ist. Auch der hiesige Saalbesitzerverein erzuht die Stadtverordneten durch ein Circular zur Ablehnung der Vorlage zu bewegen. Als Gründe führt das Circular an:

- 1. Durch das nun bereits länger als 2 Jahre bestehenden Bier-Privileg haben gerade die Vergnügungslöcher, welche durch ihr einseitiges Handeln im Verein mit den hiesigen Brauereien bisher die Forderungen der Sozialdemokratie zurückgewiesen haben, unermesslichen Schaden erlitten und leiden ihn weiter, da andererseits ein nur teilweises Eingehen auf Forderungen genannter Partei schwerwiegende Maßregeln der Staatsbehörden für unser Gewerbe nach sich ziehen. Es sollte dies allein Grund genug für die gesamten bürgerlichen Parteien sein, von einer weiteren Belastung der Saal-Zahler abzusehen und sie dadurch in ihrer sehr schwierigen Lage zu unterstützen.
- 2. Seit Einführung der hiesigen Biersteuer haben, bei dem bekannten Abhängigkeitsverhältnis der meisten größeren Wirtschaften

- zu den Brauereien, diese es bisher vermocht, den Wästen die Steuer bei dem Bier-Einheitspreis aufzubürden, gewiß eine harte Belastung der hiesigen Wirte.
- 3. Bei Veranlagung zur Grund- und Gebäudesteuer sind gerade die Grundstücke mit Gast- und Schankwirtschaften bisher verhältnismäßig sehr hoch veranlagt worden, wodurch die Wirtschaften auch wieder entsprechend höher belastet sind.
- 4. Bei dem großen Konsum von Leuchtgas in den Vergnügungslöcher leisten diese bei dem unverhältnismäßig hohen Preise von 18 Pf. pro Kubikmeter auch wieder eine überaus schwer empfundene Abgabe an die Stadt, da sie doch das Gas lediglich zu gewerblichen Zwecken gebrauchen.
- 5. Durch Verlegung des 27. Infanterie-Regiments haben sich die Preise für Musik zum Schaden für die Saal-inhaber erheblich verteuert.
- 6. Der öffentliche Tanz wird jetzt schon seitens der Polizei durch den Stempel von 1,50 Mk. pro Erlaubnischein ganz erheblich besteuert.

Wir wollen nicht näher auf die sechs Gründe eingehen, sondern nur nachweisen, daß gerade die nicht sozialdemokratischen Parteien, welche von den gedrückten Saalbesitzern so sehr unterflügelt werden, schuld an all den bestehenden und noch aufzuwerlegenden Lasten tragen, daß hingegen nur die sozialdemokratische Partei, die von den Saalbesitzern boykottiert und geächtet ist, die einzige Partei ist, welche konsequent und mit im Interesse der Saal-inhaber handelt.

Die stets durch Militär-, Marine-, Kolonial- und andere Ausgaben wachsende Staatsschuld und die mit jedem Jahre neuauftauchenden Militärforderungen veranlassen die Regierung, auf Mittel und Wege zu sinnen, um Mittel in die Staatskasse zu bekommen. Es wurden die Martikularbeiträge von Jahr zu Jahr erhöht. Dadurch wurden die Gemeinden stärker zu den Abgaben herangezogen und Aufgabe der Gemeinden war es dann wieder, Steuerquellen zu ermitteln. Als im Parlamente Miquel die Aufgabe hatte, für die neuen Steuern einzutreten, jagte er dann auch u. a., daß gerade das Gastwirtsgewerbe geeignet ist, zu stärkeren Abgaben herangezogen zu werden. Dieser Wink ist denn auch befolgt und das Gastwirtsgewerbe ordentlich herangezogen worden. Die Erhöhung der Martikularbeiträge geschieht mit Wissen und Willen der rechtsstehenden Parteien, die für alle Volksbelastungen zu haben sind. Daran, daß die rechtsstehenden Parteien noch so stark vertreten sind, haben die Gastwirte einen großen Teil Schuld; denn gerade die letzteren haben mit einer unwürdigen Schweifwebele nur den reaktionären Parteien ihre Säle geöffnet, nur diesen Parteien Gelegenheit gegeben, ihre falschen Auffassungen von den Aufgaben des Staates unter das unaufgeklärte Volk zu streuen und das Volk irre zu führen. Hätten alle Saalbesitzer allen Parteien die Säle geöffnet und das an und für sich beschränkte freie Wort nicht noch mehr eingeschränkt, hätten die Saalbesitzer sich nicht wie Kinder den Militär- und Polizeibehörden unterworfen, dann stände es anders, dann hätten die Volksbelastungen nicht so zugenommen und von Lustbarkeitssteuern wäre nichts zu merken. Sollen die Verhältnisse besser, die Volksbelastungen weniger werden, dann mögen die Saalbesitzer unserer Partei ihre Säle hergeben. (B.)

Tages-Chronik.

Magdeburg, 19. Februar 1895.

— 1000 Mark für eine Bismarckfeier sollen aus dem Stadtkäsel bewilligt werden. Ein diesbezüglicher Antrag liegt der Stadtverordnetenversammlung vor. Wir werden hierüber weiter berichten. —

— Die Sammlungen für den Fürsten Bismarck, den Vater des Sozialistengesetzes, der so vielen tausenden Kindern ihren

Und aufjauchzend warf sie sich an seine Brust und küßte ihn zu:

„Ja — ich bin es, Wolfgang — ich bin bei Dir — wir bleiben vereint — jetzt will ich es Dir gestehen — ich liebe Dich und schon seit Jahren habe ich Dich geliebt —“

Doch er blieb teilnahmslos; keine Miene seines Antlitzes verrät, daß er gehört habe, was die Geliebte ihm sagte — und weder Freude noch Schmerz empfand er bei ihrem Anblick.

Wohl wiederholte er immer wieder den Namen, an den er so oft gedacht — aber ohne Ausdruck, ohne Bewußtsein.

Die Ärzte wurden sehr besorgt; sie fürchteten eine geistige Umnachtung Wolfgangs und rieten, die größte Ruhe und Einsamkeit anzuschaffen.

Die Kanonentugel, welche den Jahmenschaft zerplüßert hatte, war über Wolfgangs Kopf hinweg gefahren, und hatte ihn zwar nicht verwundet, aber doch seine Nerven so heftig erschüttert, daß sein Geist umnachtet wurde.

Dabei war aber auch sein Körper durch die vielen Strapazen erschöpft, daß die Ärzte dringend die größte Schonung und Ruhe anrieten.

Von einer weiten Reise konnte daher jetzt keine Rede sein; nach Deutschland hin lagen die Armeen der Verbündeten in ihrem Kampfe mit den Franzosen und verperrten alle Wege mit brennenden Dörfern und verwüsteten Feldern.

Und nach Paris hin war die Aufregung der Bevölkerung und die Unruhe auf dem Begegnen eine fast noch größere, denn bedeutungsvolle Ereignisse hatten sich vollzogen, deren Einfluß bald ganz Frankreich auf Jahre hinaus in wilde Gährung versetzen sollte.

Am Tage nach der Schlacht bei Sedan, am 21. Sept. 1870, war der Convent, die neue Versammlung, zusammengetreten und hatte einstimmig Frankreich zur Republik und den König seines Thrones für verfassunglos erklärt!

Nun kämpften sich zum letztenmal die Anhänger des Altes zu verzweifeltsten Widerständen an; auch diejenigen Personen, welche noch immer mit dem Königtum eine Verbindung gemeinlich hatten, kämpften gegen die neue Aenderung — doch unzufolge wurde der aufgestellte Sturz wehr.

Man findet Briefe, durch welche der König Ludwig

des Einverständnisses mit den Feinden Frankreichs — seinem Schwiegeroater, dem Kaiser von Oesterreich — überführt wird, und beschließt, Prozeß gegen den König einzuleiten.

Die allgemeine Unzufriedenheit und Not brauchte ein Opfer; Ludwig XVI. ist nicht genug frei von Schuld, um dem Hasse, der Schuld finden will, sich entziehen zu können; im Dezember wird die Anklage erhoben, am 17. Januar 1793 das Todesurteil gefällt und am 21. Januar fällt das Haupt des Königs unter dem Beil des Henkers.

Volksaufstände brechen nun los; die Bauern, die zum Teil zum König hielten und von den Priestern aufgereizt werden, kämpfen gegen die Republikaner; Mord und Hinrichtung bilden die Tagesereignisse — mit Weh und Not, wie bei jeder Geburt, mit Schmerz und Klagen wird die neue Freiheit geboren.

Ein jeder will sein Recht verteidigen — vergeblich höhnt Marat die Parteien, die nur an sich, nicht an alle denken. Er wird angeklagt, mit Mühe entgeht er der Verurteilung.

Das Frühjahr sieht Frankreich durchzuckt von wilden, schweren Kämpfen.

In einem einsamen Gebirgsdorf der Vogesen haben indessen die treuen Pfleger Wolfgangs einen Ort gefunden, an dem sie mit ihrem Schützling den Sturm der Welt vorüberbrausen lassen können.

Nicht mehr so totenblak sind die Wangen des mutigen Felben, wenn auch sein Auge noch immer so matt und teilnahmslos um sich blickt und niemanden erkennt, der in seiner Umgebung weilt, nicht die Schwester und nicht die Geliebte.

Auf einem Lehnstuhl sitzt Wolfgang unter einem schattigen Baume vor dem Dorfhäuschen; so wie stets ist sein Haupt auf die Brust gesunken, schlaff hängt die Hand herab, halb geschlossenen Auges sieht er vor sich hin.

Auf die Landstraße sendet die Julisonne ihre heißen Strahlen und der Wind wirbelt hin und wieder leichte Staubwolken auf.

Wolfgang beachtet es nicht; er weiß offenbar auch nicht, daß er noch niemals an diesen Platz geführt wurde, und keinen Blick verwendet er auf den großen Triumphbogen, der vor ihm aus grünem Kauswerk errichtet ist, mit Fahnen geschmückt und die Inschrift trägt: Heil den Kämpfern des Vorkämpfersturmes.

(Schluß folgt.)

Vater raubte, der so viel Elend und Kummer durch sein Sozialistengesetz in die Familien trug, sind bereits in die Schulen eingebunden. Späufig erfahren wir von außerhalb, daß bei den Kindern „freiwillig“ gewammelt, nein gebettelt wird. Ob das hier in Magdeburg auch geihan wird, wissen wir noch nicht. Eltern, welche davon schon etwas wissen sollten, bitten wir, uns das mitzuteilen. Auch bitten wir um Auskunft darüber, ob auch schon in den Kindergärten für den Millionär Bismarck gebettelt wird.

Die Freistimmigen hielten kürzlich in Neustadt eine Versammlung ab, in der Stadt. Rabach gegen die Umfuzvorlage sprach. Er drückte seine besondere Freude darüber aus, daß die Magdeburgische Zeitung die an anderer Stelle wiedergegebenen Proteste und Kundgebungen gegen die Umfuzvorlage veröffentlicht hat. Meint vielleicht Herr Rabach, daß durch eine solche Veröffentlichung die nationalliberalen Reichstagsabgeordneten bestimmt werden können, gegen die Umfuzvorlage zu stimmen? Rabach sollte doch bedenken, daß es besonders die Nationalliberalen sind, die mit einer den übrigen Parteien nicht innewohnenden Geschäftigkeit für die größtmögliche Schärfe des Gesetzes eintreten. So wenig in der Umfuzkommission des Reichstages, wie in dessen Sitzungen und außerhalb des Parlamentes sind die Wortführer zu Gunsten der Umfuzvorlage die Nationalliberalen. Die Versammlung nahm eine Resolution gegen die Umfuzvorlage an und mißbilligte das Eintreten des Abg. Lengmann für das Umfuzgesetz.

Der General-Anzeiger will wirklich unparteiisch sein. Wie wir hören, hat die Geschäftsleitung des Unparteiischen den bisherigen Redakteur entlassen, weil er es wagte, ein wenig von seinem Standpunkt aus zu schreiben; ob nach rechts oder links geneigt, ist Nebensache. Der Generalanzeiger verlangt eben kapitalistische Goldschreiber, die gefinnungslos sein sollen. Im Volksmunde heißt es ja bekanntlich: gefinnungslos ist gleich charakterlos. Der Redakteur eines „unparteiischen“ Blattes muß eine zweiseitige Natur sein, der es verstehen muß, zwei Herren zu dienen: einmal dem Ausbentertum und das andere Mal dem Sentimentsstieren und Klatschjuchsern Publikum. Die Reaktion muß er dadurch unterstützen, daß er entweder nichts über die Oppositionsparteien schreibt oder höchstens in einer wigigleinsollenden Form, in verzerrter Weise, in einer Schreibart, aus der man sich in den seltensten Fällen ein Urteil bilden kann, etwas über die der Reaktion unliebame Opposition bringen. Auch unterstützt er die Kapitalistenklasse, indem er dafür sorgt, daß die Leser des unparteiischen Blattes sich keine politische Selbstständigkeit aneignen können. Wo also das „Unparteiische“ anfängt, können wir beim besten Willen nicht ermitteln. Auf der anderen Seite soll er auch dem politisch unklugen Leserkreise nach dem Schnabel schmecken, namentlich den Frauen. Dies thut nun der hiesige General-Anzeiger in ausgiebigster Weise; er nennt die armen, sich auf der Landstraße umher-treibenden Opfer des heutigen Klassenstaates „Gefindel“ usw., er schiebt die Schuld der Not und Armut nur den Arbeitern selbst in die Schuhe; er leugnet den Notstand, was er wieder in seinem letzten wigigleinsollenden Bauwau durch ein recht schlechtes Gedicht thut, dessen zwei letzte Verschen lauten:

In Vereinen, welcher Kummel,
Alle Nase lang Besammlung,
Alle Monate Bergung,
Gang, Komödie, Veranstaltung.

Hier Kommerse und da Feste,
Dann Geburtstagsfestlichkeiten,
Thée dansants und Soireen,
Ja, es sind zu schlechte Zeiten!

Eine zweite Dichtung, die so inhaltlich, kunst- und geschmacklos ist wie die obige, wird schwerlich aufzureiben sein. Aber sie ist ja aus dem Bauwau des „Unparteiischen“, da brauchen wir uns nicht zu wundern. Ist einmal irgendwas etwas Verdäuliches darin enthalten, dann ist es nicht das Produkt des General-Anzeigers, sondern das, was man sagen wie einmal: des Kladderadatschs, der jetzt in seinem Briefkasten die Mitteilung brachte, der Bauwau habe in 93 Fällen Artikel aus dem Kladderadatsch entnommen und ohne Angabe der Quelle veröffentlicht. Der Kladderadatsch gebraucht alsdann gegen den General-Anzeiger-Redakteur Ausdrücke, die zu gebrauchen wir uns bisher noch nicht hergaben. Der General-Anzeiger-Redakteur hat denn auch Beleidigungsklage gestellt, auf deren Antrag wir gespannt sind. Ob der Redakteur auch wegen dieser Sache entlassen wurde, wissen wir noch nicht.

Bürgerliche Verschönerung. In der Kölnischen Ztg. lesen wir: zwischen den Hiesigen (Magdeburger) Sozialdemokraten und den Sozialisten ist ein derartiger Streit ausgebrochen, daß letztere beschloffen haben, ihre Säle den Sozialdemokraten zu verweigern. Wer den Bericht der Sozialkommission gelesen hat, wird über diese Berichtserstattung recht herzlich lachen.

Mit der Kupfersteuerveränderung wird sich die nächste Sitzung der Stadtverordneten weiter beschäftigen.

Von der Elbe. Die Eisverhältnisse der Unterelbe unterhalb Altona haben sich noch nicht derartig gestaltet, daß die Eisbrecherarbeiten mit aller Kraft fortzuwirken vermag. Das Eis fließt sich noch bei jeder Flut auf der Unterelbe wieder fest und muß zur Ebbezeit von neuem in Gang gebracht werden. Am 17. sind die Eisbrechdampfer aufwärts bis Darg, 11 Kilometer oberhalb Harburg, vorgedrungen. Die Eisdecke der Elbe ist sonst un verändert, nur die freie Strecke bei Rosflau hat sich auf rund 20 Kilometer verringert.

Cirkus. Die letzte Schilervorstellung findet heute, Mittwoch, nachmittags 4 Uhr statt. Auf allen Plätzen beträgt der Preis 20 Pf. Abends 8 Uhr findet für Erwachsene eine große Vorstellung statt, in welcher der Dompier Mr. Wacomme mit einer dreierlei Löwengruppe auftritt. Die Preise zu dieser Vorstellung sind bedeutend ermäßigt.

Großpachleben. (Nöt bricht Eisen.) Der Hunger scheint die Ursache von einem Diebstahl gewesen zu sein. Auf dem hiesigen Rittergute ließen Einbrecher nicht weniger als vier Schinken und zwei Spedfischen mitgehen.

Halle. (Unglücksfall.) Der Maurer Hagemann glitt in dem Augenblick, als ein Wagen der Straßenbahn an ihm vorüberfuhr, vom Trottoir ab und fiel unter denselben. Er wurde eine Strecke mitgeschleift und erlitt neben inneren Verletzungen auch mehrere Brüche des linken Armes.

Halle. (Arbeitslosenstatistik.) Das hiesige Gewerkschaftsamt hat eine Arbeitslosenstatistik aufgenommen, die folgendes Resultat hat: Ermittelt sind in der Zeit vom 3. bis 10. Februar als arbeitslos 1140 Personen. Davon sind verheiratet 744, die 1833 Kinder haben. 32 Stiebskinder 440 Mann. Davon sind verheiratet 330 mit 802 Kindern. Die Statistik betreffend Halle kann nicht als vollständig bezeichnet werden, da sich viele Arbeitslose (Renten), ihre Namen eintragen zu lassen, da sie Suppen und Kohlen aus öffentlichen Mitteln beziehen.

Osterburg. (Rein Viechen, was willst Du noch mehr?) Für einen Lohn von 710 Mark pro Jahr gedankt das Postamt einen Landbriefträger zu angeln. Daß der dann Befehle ebenso anzufordern wie ein Fing zappala wird, liegt klar auf der Hand.

Reinsdorf. (Rt. Bittenberg.) In der Dynamitfabrik wurden zwei Cosmiger Arbeiter infolge einer Explosion fast verwundet.

Walpertheim. (E. Heier. Hilt.) Auf der Umbe „Karl“ er eignete sich ein bedauerlicher Unglücksfall. Der Schichtarbeiter Böhm glitt beim Einschlagen eines Stempels ab und stürzte in die Tiefe. Dabei fiel er auf ein aufgeschichtendes Brett und schlug sich den Leib auf. Der Bedauerwerte, welcher verheiratet und Vater von fünf Kindern ist, wurde in die Halle'sche Klinik gebracht, wobei die Kräfte an seinem Anflommen zweifeln.

ESSEN. (3x alt.) Der 73jährige Blegemeister Kottsch wurde von seinem Arbeitgeber, dem Hiesigen Rudolph, in dessen Dienste er sich 53 Jahre lang abgedankt hat, auf die Straße gesetzt, weil er eine Krankheit seine Arbeitsunfähigkeit in Aussicht stellte. Nun kann der Mann als Altersrentner seine Tage in bescheidenster Bekleidung über den Gegen der kapitalistischen Ausbeutung beschließen.

Hof. (Mümmel.) Der Magistrat der Stadt Hof hat im Mai für 1895 die Summe von 300 Mark für eine etwaige Reichstagswahl mit abgestellt. Mägen vorichtig!

Leipzig. (Wer ist der Beschaffer?) Die hiesige Polizei schadet nach dem Verfasser der aus sachlicher jeder kommenden Schrift: Unsere Kabinettkorps. Diese Broschüre hätte allgemeines Aufsehen erregt.

Leipzig. (Elektrische Straßenbahn.) Die Pferdebahn ist nebst allem Inventar an die Berliner Elektricitäts-Gesellschaft für 120 Millionen Mark verkauft worden. Die Einführung des elektrischen Betriebes soll binnen einem Jahre erfolgen.

Plauen. (Ein erhebendes Bild aus dem Gegenwartskraate.) Montag früh ist in einer Wagenreihe eines Hinterhauses an der Fortstraße hier der am 15. Dezember 1830 in Gömalh geborene Handarbeiter und Sägenhändler Kaufsch, ein armer Mensch, erkrankt aufgefunden worden. Er scheint in der letzten Zeit keine feste Wohnung mehr gehabt zu haben und hatte Abneigung, ins Armenhaus zu gehen. Die Kammer, in welcher er geschlachtet hatte, war leer, nicht einmal etwas Stroh war darin.

Zwickau. (Majestätsbeleidigung.) Gegen den Weber Petarra aus Schleien ist die Anklage wegen Majestätsbeleidigung erhoben worden, die er in einer Zeitungsbeilage zur Zeche bei Hohenstein bei Besprechung der kaiserlichen Erlasse begangen haben soll; er sitzt seit dem 12. Januar in Untersuchungshaft.

Kopenhagen. (Eine moderne Engelmacherin.) Großes Aufsehen erregt hier die Verfassung einer den besseren Kreisen gehörenden Frau, die seit vielen Jahren kleine Kinder in Pflege nahm. In der letzten Zeit fanden fünf der Kinder, und es hat sich jetzt herausgestellt, daß die Kleinen teils verhungert, teils infolge grausamer Behandlung gestorben sind.

Militaria.

Wien. (Wiederum ein verbessertes Gewehr in Sicht.) Die Steyrer Waffenfabrik hat für Oesterreich ein Infanteriegewehr konstruiert, mit welchem die österreichisch-ungarische Infanterie ausgerüstet werden soll, sobald die Nachbarmächte das Bedürfnis fühlen, die Bewaffnung ihrer Infanterie zu ändern. Das neue Gewehr hat 5 Millimeter Kaliber und sein Geschloß eine Anfangsgeschwindigkeit von 850 Metern. Seine Flugbahn bestreicht bis auf 1000 Meter einen aufrecht stehenden Infanteristen von 1,60 Meter Höhe, und innerhalb des Bereiches von 1200 Metern liegen alle Ziele von Reiterhöhe im bestrichenen Raum des Gewehrs. Bei einer derartigen Kalanz der Flugbahn braucht der Soldat auf kleine und mittlere Distanzen kein besonderes Visier zu stellen und hat die Sicherheit, sein Ziel zu treffen, wenn er nur im allgemeinen richtig auf daselbe anschlägt. Auf die weiteren Entfernungen wird das Stellen des Visiers nur bei 200 Metern Distanzvergrößerung notwendig. Es ist wahr scheinlich, daß die Annahme dieses Gewehrs die Einführung der Patrone mit hochcylindrischem Geschloß im Gefolge haben wird. Diese Patronen haben ein nur geringes Gewicht, da 330 Stück nur etwa 4 Kilogramm wiegen. Die Militärbehörden Frankreichs interessieren sich lebhaft für das neue Gewehr, und alle erforderlichen Dispositionen sind bereits getroffen, um im Bedarfsfalle der französischen Infanterie die neue Waffe in die Hand zu geben. Den Hamburger Nachrichten wird von militärischer Seite geschrieben, daß, wenn sich Vorstehendes bestätigt, keine Militärmacht es sich versagen könnte, dem Beispiel der Einführung eines solchen Gewehrs alsbald zu folgen. Nur zu!

Parlamentarische Nachrichten.

Berlin, den 18. Februar 1895.
Aus dem Reichstage. Abgeordnete, welche wegen sogenannter „bringender Geschäfte“ vier Wochen den Reichstag schwänzen konnten, erhalten in Zukunft nur noch einen vierzehntägigen Urlaub. Ob dieser Ankündigung lange Gesicht auf den Bänken der Rechten. Die Beratung des Etats des Reichsamts des Innern wurde fortgesetzt. Beim Kapitel „Reichsversicherungsamt“ entstand eine längere Debatte über die sozialpolitischen Gesetze, insbesondere über das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz. Hierzu lag unsererseits eine Resolution vor, wonach das Gesetz besonders in dem Punkte abgeändert werden soll, daß jeder Versicherte, der das 70. Lebensjahr zurückgelegt hat, ohne weiteres in den Genuß der Rente gesetzt wird. Abg. Hize (Str.) erklärte diesen Antrag für zu weitgehend und stellte einen Gegenantrag, worin die Regierungen nur ganz allgemein aufgefordert werden, bald eine Novelle zum Alters- und Invalidenversicherungsgesetz vorzulegen. Dieser Antrag fand auch den Beifall der Konservativen, ebenso ein anderer Centrumsantrag, soweit dieser die Mittel der Versicherungsanstalten in den Dienst des landwirtschaftlichen Kredits stellen will. Dagegen sind die Konservativen, wie der Abg. v. Salisch versicherte, nicht dafür zu haben, daß die Versicherungsanstalten weiterhin Gelder zum Bau von Arbeiter-Wohnungen hergeben. Der nationalliberale Abg. Krufe befrwortete einen Antrag, die Unfallversicherung auf die Hochseefischerei auszudehnen. Die Genossen Molkensbühr und Brühne begründeten die eingebrachte Resolution. Zu einer Abstimmung kam es nicht. Die Diskussion wurde auf morgen vertagt. Außerdem stehen Wahlprüfungen auf der Tagesordnung.

40. Sitzung vom 18. Februar.

Fortsetzung der Beratung des Reichsamts des Innern. Beim Kap. 11: Normalausgleichskommission macht Hr. v. Hehl darauf aufmerksam, daß § 6 des Ausgleichsgesetzes betr. den Flächenpatentverschleiß in verschiedenen Bundesstaaten verschieden ausgelegt werde. Staatssekretär v. Bötticher stellt in Aussicht, daß das noch in dieser Session dem Reichstage zugehende Gesetz über den unlauteren Wettbewerb den genügenden Mißstand aus der Welt schaffen werde.

Die Abg. v. Leipziger, v. Hammer und Förster bitten um Gehaltsaufbesserung der Beamten der Normalausgleichskommission und des Patentamts.

Staatssekretär v. Bötticher sagt Verächtlichung dieser Bitte zu, sobald es die allgemeine Finanzlage gestattet. Bei Kap. 12 (Reichsgefandheitsamt) antwortet auf eine Anfrage v. Ungens (Centrum) der Präsident des Reichsgefandheitsamts, Geheimr. Ministerialrat Köhler: Seit 1889 würden Versuche mit Kistenabern über die Verbreitung von Anfruchtungskleinen beim Verweilungsprozess angestellt, um über die Frage der Schädlichkeit der Kleinfische ins Klare zu kommen. Im nächsten Oktober würden die Untersuchungen beendet sein.

Abg. v. Ungens (Str.) hofft, daß die Resolution des Nummernbüros über die Schädlichkeit der Kleinfische gerichtet und dadurch den Anhängern der Feuerbestattung das Hauptargument entzogen würde.

Abg. Schröder (fr. Rp.) befrwortet demgegenüber fatalistische Feuerbestattung.

Nachdem noch Abg. Langerhans für die Feuerbestattung namentlich in großen Städten eingetreten, wird das Kapitel hemilligt. Beim Kapitel: Reichsversicherungsamt begründet Abg. Hize den Antrag, die verabschiedeten Regierungen zu ersuchen, die im Reichsgefandheitsamt zum Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz möglichst zu beschleunigen. Dagegen weist auf die Schwere der Sache, welche sich unwichtig bei der Einführung des Gesetzes entwickelt haben. Der Re-

betrieb werde viel mehr belastet als der Großbetrieb. Redner befrpricht darauf die übrigen zu diesem Kapitel vorliegenden Anträge und bekämpft den Antrag Krufe, wonach jeder Versicherte mit vollendetem 70. Lebensjahre einen Rechtsanspruch auf eine Altersrente erhalten soll. Redner befrwortet den Antrag Fischer, die Mittel der Reichsversicherungsanstalten mehr als bisher für das landwirtschaftliche Kreditbedürfnis und die Erbauung von Arbeiterwohnungen zugänglich zu machen. Er befrwortet außerdem den Antrag Krufe auf Unfallversicherung der Seefischer.

Abg. v. Salisch (Str.) begründet den Antrag Krufe. Jeder Versicherte, der das 70. Lebensjahr vollendet hat, muß einen Rechtsanspruch auf Altersrente erhalten, auch ohne den jetzt geforderten Nachweis der Beschäftigung in den Jahren 1891 bis 1891 und ohne den schwierigen Nachweis, daß der Arbeiter jährlich mindestens 47 Arbeitswochen gearbeitet habe. In den Motiven zur Invaliditäts- und Altersversicherung verspricht man, daß allen, die das 70. Lebensjahr erreicht haben, Altersrente gewährt werden solle. Nach dem Gesetz aber ist für die Uebergangszeit der Nachweis notwendig, daß derjenige, der Rentenansprüche erhebt, drei Mal 47 Wochen in den letzten drei Jahren vor Inkrafttreten des Gesetzes ununterbrochen beschäftigt war. Wie sollen aber Beschäftigte und Personen mit ähnlicher Beschäftigung diesen Nachweis bringen? So alle Leute können meistens gar nicht 47 Wochen im Jahre arbeiten. Ebenso haben die landwirtschaftlichen, insbesondere die Futterarbeiter gar nicht 47 Wochen Beschäftigung. In Folge dessen wird die Zahl der Altersrentner allmählich abnehmen, bis 1921 die Uebergangszeit vorbei ist. Die Arbeiter befürchten in den drei ersten Jahren des Bestehens des Gesetzes nur 34 bis 48 Prozent von ihnen gezahlten Beiträge als Renten zurück. Das ist ein Mißverhältnis zwischen Leistung und Gegenleistung, so daß man sich nicht wundern kann, wenn die Arbeiter unzufrieden sind. Unsere Wünsche, Alters- und Invaliditenrente unter weniger ungünstigen Bedingungen zu gewähren, sind daher durchaus gerechtfertigt.

Abg. Krufe (nl.) begründet den Antrag, die in der Seefischerei beschäftigten Personen gegen Unfälle zu versichern.

Abg. v. Salisch (konf.) betont, daß die Konservativen dem Antrag Hize zustimmen.

Abg. Steininger (Centr.) meint, die Industrie trage die Lasten der Reichsversicherungsanstalten leichter, als die Landwirtschaft; er wünscht deshalb, daß diese möglichst aus dem Rahmen des Gesetzes herausgenommen werde, oder daß mindestens die Beiträge erheblich vermindert würden.

Abg. Brähne (Soz.): Das Kleingewerbe wird allerdings durch die Versicherungsbeiträge belastet. Davon kann bei der Grobindustrie und besonders den großen Aktiengesellschaften nicht die Rede sein. Redner führt Beschwerde, daß die Polizeibehörden vielfach für lange Zeit stehen mit dem Erlaß der Unfallversicherungs-Vorschriften und belagert sich über den zu langsame Gang der Reichsregierung bei den Schiedsgerichten, Berufsgenossenschaften und über deren häufige Entscheidungen zu Ungunsten der Arbeiter. Ein Arbeiter wollte sich einer Operation nicht unterziehen. Deshalb wurde ihm die Rente entzogen. Das Reichsversicherungsamt hat dagegen entschieden. Offenlich wird es bei dieser Praxis bleiben. Die Sozialdemokraten werden jedem Antrag auf Verbesserung der Alters- und Invaliditäts-Versicherung zustimmen.

Hierauf vertagt sich das Haus. Morgen 1 Uhr Rest der heutigen Tagesordnung; Wahlprüfungen. Der Präsident teilt mit, er gedenke die erste Sitzung des Tabakfeuergesetzes auf Donnerstag anzusehen und demnächst die erste Sitzung des Finanzgesetzes.

Es geht los! Am Donnerstag kommt das Tabakfeuergesetz und demnächst die Finanzreform zur Beratung. Augen auf!

Die Reichstagsersatzwahl im 3. niederbayerischen Wahlkreis (Passau) für Dr. Fischer, dessen Wahl für ungültig erklärt wurde, findet am 27. März statt. (S.) Die Unterbeamten der Post. Der Abg. Förster hat zum Postetat folgende Resolution eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen: Die Stellenzulagen im nächsten Jahre abzuschaffen und die dadurch verfügbar werdende Summe zur Aufbesserung der Alterszulagen oder des Wohnungsgeldzuschusses der Unterbeamten in den größeren Städten (Servisklasse 1) zu verwenden.

Neuere Nachrichten.

Ham burg. Der Kaufmann Sadler, in Firma Ehrhorn u. Sadler, hat sich erschossen. Der Verordnete hatte stark in Baumwolle spekuliert. Die Differenzen werden auf 1 1/2 Millionen angegeben.

Saarbrücken. In der vergangenen Nacht wurde der Militärmaschinist an der neuen Kaserne von einem Wolfe angefallen. Das Tier wurde durch Hinzueilende verendet, aber noch morgens gesehen.

Budapest. In vier Versammlungen erklärte die Sozialdemokratie sich energisch gegen jede Gemeinschaft mit der katholischen Volkspartei.

Va Fröhe. In der Militärkule von Va Fröhe ist eine Meuterei ausgebrochen.

Mar seille. An den gestrigen Marzeiler Stadtratswahlen beteiligten sich von 81000 eingeschriebenen Wählern 16000; das Ergebnis war ein sozialistischer Sieg.

Wien. Erzherzog Albrecht, der „Sieger von Custoza“, ist vorgestern in Arco in einem Alter von 78 Jahren gestorben. Er war der älteste Sohn des „Siegers von Wipern“ gegen Napoleon I. In den Märztagen von 1848 ließ er auf das Volk schießen. Deshalb mußte er Wien verlassen. Erzherzog Albrecht war einer der reichsten Großgrundbesitzer in der österreichisch-ungarischen Monarchie.

Bü rch. Im Kanton Bü rch fordern 11836 Wähler eine Volksabstimmung zum Zwecke des Verbots der Bivifikation.

Zur Lokalfrage.

Von dem Ausschuß des Ortsverbandes der deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Dunker) zu Neustadt-Magdeburg ging folgende Schreiben ein:

In Nr. 40 Ihres geschätzten Blattes vom 16. Februar brachten Sie bei der Belanngabe bis von der Kommission, welche mit dem Wirten befaßt Ueberlassung der Säle pp. verhandelt, abgebenen Berichtes die Mitteilung, daß der Vize der „Deutschen Jahne“ in der Neustadt, Herr W. Wegel, die Vergabe eines Saales zu sozialdemokratischen Versammlungen pp. mit der Begründung verweigert habe, die bei ihm bestehenden Vereine; Hirsch-Dunkerische, Gewerks- und Militär-Vereine pp. würden dann von ihm weggehen und er so Schaden erleiden.

In Anbetracht der Thatsache, daß gerade die Gewerksvereine Hirsch-Dunker, von welchen eigentlich auch nur ein kleiner Bruchteil bei dem betriebsfahenden Herrn verkauft, hier an erster Stelle erwähnt werden, und es bei der Arbeitererschaft dahin aufgesetzt werden könnte, als wenn die Gewerksvereine hier einen gewissen Druck ausüben oder ausüben wollten, eine Auffassung, welche leicht zu falschen Schlüssen über die Zwecke und Ziele der deutschen Gewerksvereine Hirsch-Dunker führen könnte, sehen wir uns zu der Erklärung veranlaßt: Daß alle und nimmer die deutschen Gewerksvereine die Hand dazu bieten werden, ein derartiges Vorgehen der Saalbesitzer irgend wie zu unterstützen, und daß es uns ganz unerfindlich ist, wie der Herr Wegel dazu kommt, seine Ablehnung hiermit zu begründen.

Andere Vereine mögen ja hierin thun, wie sie Lust haben, darüber steht uns kein Urteil zu, aber wir werden nie so unheimlich verkannt sein und Maßnahmen so bedauerlicher Art, welche unsere Ansichten und Wünsche bezüglich des Koalitions- und Versammlungsgesetzes der Arbeitervereine schmerzlich zuwiderlaufen, irgend wie zu unterstützen; das hiesige ja doch wohl sich selbst mit der Hand das Gesicht schlagen und das wird wohl kein vernünftiger Mensch von uns verlangen.

Senden wir Sie noch häufiger eruchen, von dieser Erklärung in Ihrem geschätzten Blatte König nehmten zu wollen. (Hirsch-Dunker)

Die Lokalkommission nimmt mit Genugthuung von vorstehender Erklärung Notiz und hofft, daß die Mitglieder der Hirsch-Dunderschen Vereinigungen in Konsequenz obiger Erklärung sich gleichfalls mit der Saalsperre beschäftigen und beschließen werden: alle die Lokale zu meiden, deren Inhaber den Arbeitern ihre Säle sperren und somit zur Unterdrückung des Vereins- und Versammlungsrechts beitragen. Die Lokalkommission erklärt sich bereit, einer Versammlung, in der diese Frage erörtert werden soll, beizuwohnen.

Das hiesige Antisemitentblatt verurteilt gleichfalls den Boykott der Militärbehörde gegen die Sozialdemokratie — schreibt aber: Daß wir die Konsequenzen aus dieser unserer persönlichen Stellung nicht ziehen können, liegt auf der Hand. Die Gründe sind so klar, daß wir sie nicht besonders zu erörtern brauchen. — Feigheit, nicht deutsche Feigheit, das ist der alleinige Grund. Aber trotzdem wird die Sozialdemokratie siegen — nur ruhig Blut!

Die Magdeburgische Zeitung giebt ihren Lesern die in Bezug auf die Saalsperre angenommene Resolution bekannt und schreibt hierzu: „Somit ist der Boykott gegen alle Saalbesitzer, die sich der Sozialdemokratie nicht fügen wollen, in aller Form beschlossen worden. Die Saalbesitzer haben ja, wie bekannt, bei dem Bierboykott ebenfalls schon unter der sozialdemokratischen Aht gestanden, sie werden daher kaum unter den neuen Beschluß zu leiden haben.“ Wie die Saalbesitzer über den Bierboykott und die Saalsperre denken, darüber giebt ein Bittgesuch Aufschluß, das der Saalbesitzerverein an das Stadtverordnetenkollegium gerichtet hat, dem unterzeichnete Kommission folgende Zeilen entnimmt:

Durch den nun bereits länger als zwei Jahre bestehenden Bierboykott haben gerade die Vergnügungsorte, welche durch ihr einträgliches Handeln im Verein mit den hiesigen Brauereien bisher die Forderungen der Sozialdemokraten zurückgewiesen haben, unermeßlichen Schaden erlitten und leiden ihn weiter.

Von einem Blatte, das der größtmöglichen Beschuldigungen gegen die Sozialdemokraten überführt, dem nachgewiesen worden ist, daß einer seiner Mitarbeiter sich grober Fälschungen und unwahrer Behauptungen zu schulden kommen läßt, kann unterzeichnete Kommission nicht annehmen, daß sie von obiger Erklärung der Saalbesitzer Magdeburgs Notiz nimmt.

Dr. med. Vogt hält einen öffentlichen Vortrag im Saale des Fürstenhofs über: „Unser Atmungsorgan.“

ihre wichtigsten Erkrankungen und deren naturgemäße Behandlung.“ Eintritt 30 Pfg. Mitglieder von Naturheilvereinen 20 Pfg. Wir machen die Mitglieder der Naturheilvereine, soweit dieselben der sozialdemokratischen Partei angehören, darauf aufmerksam, daß der Wirt vom Fürstenhof den Sozialdemokraten seinen Saal verweigert hat. —

Es stehen den Sozialdemokraten folgende Lokale zur Verfügung:

- Kob. Bierstedt („Grass Garten“), Wlhel mskadt, Schrotestr. 1
G. Brune („Chalia“), Budau, Dorotheenstr. 14.
W. Gens („Friedrichsplatz“), Eudenburg, Leipzigerstr. 52.
Fr. Grotzum (Centralherberge), Magdeb., Al. Klosterstr. 15/16.
R. Hamel („Zum goldenen Stern“), Ditzlerleben.
D. Hoppe (Sasthaus), Magdeburg, Brauereistr. 3.
E. Hoppe („Zum weißen Schwan“), Bennedend.
Wilh. Hirschfeld („Zur Friedrichsstr.“), Ditzlerleben.
F. Königstedt („Zerbster Bierhalle“) Sudenb., Schönungerstr. 28.
Ad. Lausch („Zum goldenen Engel“), Fernersleben.
Aug. Lutz („Bürgerhaus“) Magdeburg, Stephansbrücke.
R. Wesenberg („Gasthof zum Deutschen Kaiser“), Lemsdorf.
G. Meyer („Zum weißen Hirsch“), Neustadt, Friedrichsplatz 2.
H. Müller (Herberge), Magdeburg, Tischlerstr. 2.
Fr. Stumpf, Groß-Ditzlerleben.
J. Prauß (Herberge), Felschberg 9.

Die Lokal-Kommission. Carl Lausch, Geschäftsführer der Volksstimme.

Vereine, Versammlungen, Vergnügungen etc.

Vertragsabend des Naturheilvereins Neue Neustadt. Vor vollbesetztem Saale sprach Herr Dr. Hirschfeld am 12. d. Mts im „Weißen Hirsch“ über die Lungenschwindsucht. Dieser zur Zeit furchtbarsten Volkskrankheit fallen allein im Deutschen Reich alljährlich 160 000 Menschen zum Opfer. Der Redner besprach eingehend die Ursachen der Schwindsucht, von denen er die Vererbung und die Ernährung mit unzureichenden Nahrungsmitteln besonders hervorhob, während er die Vaccintheorie als zu einseitig belämpfte. Unter den Ursachen, die die Empfänglichkeit steigern, betonte er schlechte, rauchreiche Luft, mangelnde Kalenatmung, übermäßigen Alkoholgenuß und vorangegangene anderweitige Krankheiten. Am häufigsten wütele die Krankheit zwischen dem 25 und 35 Lebensjahre, so daß 2/3 aller Todesfälle auf diese beiden Jahrzehnte fallen. Was das Wesen der Schwindsucht anbelangt, so handelt es sich um eine chronisch verlaufene Lungenerkrankung, die nicht zur Heilung neigt, sondern bei der das Gewebe erweicht, eintrig einschmilzt und zerstört wird. Meistens schilberte den Verlauf an der Zunge, aus dem er die einzelnen Krankheitserscheinungen, Husten, Auswurf, Blutwurf, Katarrhigkeit, Fieber, Nachtschweiß, Abmagerung usw. ableitete. Die geringen Schmerzen sind ein Hauptgrund, daß niemand so bis zum letzten Momente voller Lebenshoffnung ist, wie der Schwindsüchtige. Dazu kommt die gefährliche Regsamkeit des Geistes, die fast regelmäßig beobachtet wird, jedoch doch Schiller seine Hauptwerke im hochgradigen Stadium der Schwindsucht. Der Tod tritt

meist durch allgemeinen Kräfteverfall, nicht selten durch Lungenblutung ein. Nach einer kurzen Pause verbreitete sich Redner eingehend über die Vorbeugung und Behandlung der Krankheit. Betreffs ersterer wandte er sich energisch gegen das Heiraten Schwindsüchtiger, verlangte bei der Berufswahl Rücksichtnahme auf die körperliche Veranlagung und rebete der Einarbeitung für Volkshilfsstätten das Wort. Ueber die Heilbarkeit sind die Meinungen sehr geteilt. Bei keiner Krankheit hängt der Verlauf so sehr vom Geisteszustand des Patienten ab, wie bei der Lungenschwindsucht. Was die allopathische Behandlung anlangt, so jagten sich hier wie bei der Diphtherie die angepriesenen Heilmittel. Mit Recht hebt aber Dr. Dittler, der leitende Arzt der Lungenheilkunst Heilboldgrün hervor, die Arznei-Behandlung der Schwindsucht hat völlig Bankrott gemacht. Die besten Erfolge erzielt die Naturheilmethode, und zwar durch Lungengymnastik, Sorge für gute, frische Luft, Luft- und Sonnenbäder, durch die richtige Wahl der Nahrungsmittel, Teinpädungen, Ganzwäsungen, Halbbäder etc. Die Jüngerer folgten dem außerordentlich interessanten Vortrage mit großem Interesse, und dankten dem Redner durch lebhaften Beifall.

Frauen-Versammlung. In Anbetracht der am kommenden Sonntag abzuhaltenden Hüllich-Feier fällt der angekündigte Vortrag aus.

Mittwoch, den 20. Februar: Gesangsgruppe des sozialdemokratischen Arbeitervereins Groß Ditzlerleben. Übungsstunde jeden Mittwoch im Lokale der Frau Wasserzieher.

Gesangsverein „Einigkeit“, Budau. Übungsstunde Mittwoch abend in Wälers Restaurant, Klosterbergstraße.

Gesangsverein „Vormärts“, Alte Neustadt. Abends 8 1/2 Uhr Übungsstunde bei Hohmann, Moldenstraße.

Donnerstag, den 21. Februar: Verein für vegetarische Lebensweise und arzneilose Heilkunst. Abends Versammlung in der „Pomona“.

Arbeiter-Gesangsverein „Gleichheit“, Al.-Ditzlerleben. Jeden Donnerstag abends 9 Uhr Übungsstunde bei Herrn Eggert.

Briefkasten.

Einsender? Bereits vor einem halben Jahre ist uns berichtet worden, daß die Frau eines hiesigen angesehenen Bürgers mit ihrem Kesseln durchgebrannt ist; uns ist auch die Mitteilung nicht neu, daß die „verführte“ Frau eines Kindes genesen ist. In unserem Redaktionskreise liegt das Material gut verborgen. Wenn es uns paßt, kommen wir hierauf zurück.

Eiser der M. Stg. Sie irren: Bis zur Stunde hat die Magdeburgische Zeitung die Anschuldigungen des Hans Blum nicht widerrufen.

H. V. Budau. Mit dem Ablauf von 4 Jahren verjährten Forderungen der Kerze.

Handels-Angebot. Wir empfehlen: Soziales Elend im Kaufmannsstande (Preis 40 Pf.). Verlag von August Schupp, Neuwied am Rhein und Leipzig.

Vegetarischer Verein Magdeburg. So sehr die Volksstimme bemüht gewesen und in Zukunft auch bemüht sein wird, für die Ideen der arzneilosen, besser gesagt naturgemäßen, Heilweise einzutreten, so sehr müssen wir es ablehnen, für einen Verein Propaganda zu machen, der Vorträge in einem Saale abhalten läßt, dessen Inhaber Sozialdemokraten die Ehre gewiesen hat. Ihr Eingekandt wandert deshalb in den Papierkorb. Der „Lara-Part“ existiert bis auf Weiteres für uns nicht. — f. S. Klein. —

Die Buchdruckerei von LOUIS ARNOLDT Schmiedehofstrasse No. 5/6 empfiehlt sich zur Anfertigung sämtl. Drucksachen wie: Plakate, Rechnungen, Zirkulare, Programme, Adress-, Visit- und Eintrittskarten, Statuten, Formulare aller Art bei prompter Bedienung und billiger Berechnung.

Homöopathie! Visser, homöopath. Prakt. Magdeburg, Jakobsstrasse 3 (früher lange Jahre bei dem berühmten homöopath. Arzte Dr. Volbeding, Ditzlerleben).

38hm. Braunkohlen, Steinkohlen u. Brennholziger empfiehlt u. liefert billigst auch nach Magdeburg u. d. Vorstädten A. Krichsch Nachf., Westerküpen a. d. Elbe. Fernsprecher 8.

Zur Anfertigung von Grabsteinen aller Art empfiehlt sich H. Büchner, Neustadt, Hobestraße 14. 1155

Freie Religions-Gesellschaft. Uhlich-Feier Sonntag, den 24. Februar, abends 7 Uhr im Gemeindehause, Marshallstraße Nr. 1. Einladungskarten à 20 Pfg. im Vorverkauf bei folgenden Herren: Bethon, Schindlerstraße 4; Biery, Heidestraße 2; Ebert, Wilhelmstraße 5; Rebenhan, Str. Schindlerstraße 3 und Koje, Witzstraße 25. Im Eingang 25 Pfg. 221

Freie Gemeinde Budau. Der Religionsunterricht findet am Donnerstag, den 21. d. M., von 5-7 Uhr, im Chalia-Restaurant statt. Der Vorstand.

Freudig überrascht und entzückt werden Sie von unserem imit. sprechenden Papagei sein, den wir Ihnen nebst genauer Anleitung gegen Voreinsendung von nur drei Mark sofort zuschicken. Tadellose Ankunft wird garantiert. Jacoby & Co., Neubrandenburg.

Eine Wohnung zum 1. April zu vermieten: Kleine Klosterstraße 15/16. 22

1 Wohn. z. 22 Thlr. Hundsburaerstr. 8

Wohn. zu 36-48 Thlr. u. einz. Stube zu vermieten Neustadt, Charlottenstraße 22

Danksagung. Allen Freunden, Verwandten und Bekannten sowie den Mitarbeitern meiner verstorbenen Mutter sage ich hiermit für rege Beteiligung am Begräbnis meinen innigsten Dank. 54 Wilhelm Rummel u. Frau.

Quittung. Für Parteilawerke gingen ein: Vom Klaaner 1. M. Rait Geburtstagsknaps. Vom W. S. S. Knaps 30 M. Der Vertrauensmann.

Standesamt. Magdeburg, den 18. Februar. Aufgebote: Antje Wilhelm Gustav Schulze in Neustadt mit Sophie Dorothee Rodra in Wegeleben. Kürschnermeister Ernst Rauch in Halberstadt mit Emma Domm hier. Zimmermann Ernst Eich mit Bertha Julius in Halberstadt. Gendarm in der 4. Genarmee Brigade Otto Zander in Fehla mit Theresie Rolte hier. Apotheker Friedrich Leopold mit Elisabeth Hirsch hier. Brauereibesitzer Hugo Robert Bernhart Wäger in Giesleben mit Hermine Johanna Wäje Gies in Böhmen. Eheschließung: Tischlerges. Heinrich Müller mit Wäwe Johanne Säger, geb. Uebe hier. Geburten: Ely. I. des Steinwegwerfers Robert Amje. Kenny, I. des Kaufmanns Otto Geisch. Frieda, I. des Schneidermeisters Emil Joseph. Lucie, I. des Bäckermeisters Karl Ertzen. Werner, S. des Wapflehendlers August Gehring. Käthe, I. des Brauh. Julius Spindler. Willy, S. des Arbeiters Wilhelm Behrens. Ant, S. des Kaufmanns Emil Götz. Charlotte, I. des Kürschnermeisters Otto Zahn. Todesfälle: Theodor Ehrenberg, Arbeiter, 65 J. 11 M. 21 T. Karl, S. des Kürschners Louis Schmidt, 1 I. Wilhelm, S. des Schuhmachers Wilhelm Klein, 12 I. Mar, S. des Kellers Fritz Peter, 1 J. 1 M. 8 T. Friederike geb. Kriande, Wäwe des Wälers Wilh. Schälge, 63 J. Gertrude geb. Druschke Wäwe des Tischlers Wilh. Engel, 70 J. 2 M. 26 T. Wäwe Katharine Walter geb. Welle, 67 J. 10 M. 10 T. Totgeburt: Eine Tochter, unehelich. Sudenburg, den 18. Februar 1895. Aufgebote: Schneidermeister Hermann Carl Ernst Siebe mit Emma Anna Martha

Ddenbach hier. Metalldreher Wilh. Ernst Gustav Engel mit Ida Ottilie Hermine Carlowsky hier. Friseur Franz Robert Wilh. Stad mit Mathilde Emma Ruth hier. Geburten: Walter, S. des Arbeiters Lorenz Konny. Helene, S. des Arbeiters Andr. Pieschler. Hedwig, I. des Arbeiters August Hanke. Frieda, I. des Lehrers Hermann Raab. Richard, S. des Arbeiters Ludwig Seinede. Katharina, I. des Arb. Josef Kempe. Erich, S. des Comptoiristen Franz Krause. Karl, S. des Arbeiters Karl Anders. Martha, I. des Arb. Herrn. Hochbaum. Todesfälle: Richard, S. des Arb. Ludwig Seinede, 1/2 Eib. Heinrich Schaff. Arbeiter, 70 J. 11 M. 19 T. Luise geb. Biermann, Ehefrau des Tapeziers Hermann Bohlfah, 26 J. 10 M. 2 T. Willy, unehelich, 3 M. 27 T. Wilhelmine, I. des Arbeiters Ignaz Michael, 6 M. 21 T. Budau, den 18. Februar 1894. Geburten: Martha, I. des Eisenb.-Bremiers Wilhelm Schopp. Ella, I. des verstorbenen Bäckermeisters Wilh. Stelabitz. Richard, S. des Wälers Richard Müller. Helene, I. des Arb. Otto Böhme. Ernst, I. des Stellm. Ernst Rohlfand. Hedwig, I. des Drehers Hermann Freund. Todesfälle: Willy, S. des Arbeiters Karl Jacobs, 3 M. 28 T. Neustadt, den 18. Januar 1895. Eheschließungen: Arb. Karl Hagemann mit Ida Schlawach. Werlf. Paul Feuer in Eiben mit Ida Müller. Geburten: Paul, S. des Fabrikarb. Wilh. Müller. Margarete, I. des Brauereibesizers Max Berg. Margarete, I. des Arbeiters Karl Kjalimo. Lenore, I. des Kaufmanns Oskar Bachmann. Todesfälle: Auguste geb. Heins, Ehefrau des Schmieds Wilhelm Stehwien, 56 J. 4 M. 7 T. Emma, I. des Form. Otto Gunning, 11 M. 13 T. Agnes, I. des Schmiedemeisters Friedrich Guntert, 2 M. 1 T. Ely. I. des Maurers Otto Anton, 1 J. 9 M. Totgeburt: Ein Sohn des Schmied. Gottl. Repp.

UNGLAUBLICH erscheint es, den fertigen, feinen kleinen Diagonal-Konfirmanden-Anzug für 8 Mark zu verkaufen, mit welchem Stoff noch nicht der Stoff bezahlt ist. Diese Anzüge, sowie Feine Herren-Anzüge à 10 Mk. Kammgarn-Hosen Stück für Stück 3 Mk. 3 Draht-Lederhosen à 5.50 Mk. ALLES NOCH NICHT DAGEWESEN!! spottbillig wegen Aufgabe meines Ladens zu verkaufen. C. Beckmanns Nachf. Fr. Abel Rathhaus-Kolonnen u. Junferstraße.

Circus in Magdeburg. Texas Jack's American Prairie Life Show. Heute Mittwoch: 2 große Vorstellungen, 4 und 8 Uhr. Um 4 Uhr letzte Scherz-Vorstellung. — 20 Pfg. auf allen Plätzen. In beiden Vorstellungen Anwesenheit des Dompateurs Mr. Moccasin mit seiner Frau. Um 8 Uhr: Eine 150 Stk. Cowboy 1 M. 1. Platz 75 Pf., 2. Platz 50 Pf., 3. Platz 30 Pf., Kinder und Kinder auf dem 1. und 2. Platz die Hälfte. Morgen Donnerstag: Vorstellung abends 8 Uhr.

Todesfälle: Theodor Ehrenberg, Arbeiter, 65 J. 11 M. 21 T. Karl, S. des Kürschners Louis Schmidt, 1 I. Wilhelm, S. des Schuhmachers Wilhelm Klein, 12 I. Mar, S. des Kellers Fritz Peter, 1 J. 1 M. 8 T. Friederike geb. Kriande, Wäwe des Wälers Wilh. Schälge, 63 J. Gertrude geb. Druschke Wäwe des Tischlers Wilh. Engel, 70 J. 2 M. 26 T. Wäwe Katharine Walter geb. Welle, 67 J. 10 M. 10 T. Totgeburt: Eine Tochter, unehelich. Sudenburg, den 18. Februar 1895. Aufgebote: Schneidermeister Hermann Carl Ernst Siebe mit Emma Anna Martha

Volksstücke. Mittwoch: Weislohl mit Schweinefleisch. Donnerstag: Erdbeerpuppe mit Rippenspeck. Freitag: Brauntlohl mit Salztaffel und Würstchen. Sonnabend: Sammeltaffeluppe mit Rippenspeck. Spielplan des Stadttheaters. Mittwoch: Maria Stuart. Donnerstag: Der Kattenjäger von Hamein. Freitag: Der Freischütz. Sonnabend: Maria und Magdalena. Sterben eine Beilage.

Wie das Philistertum mit den „Hehern“ fertig wird.

B. Die Herren am grünen Tisch, sowie die Herren im Centrum, in der konservativen, nationalliberalen und antisemitischen Partei zerbrechen sich die Köpfe, dichten und trachten, auf welchem leichtem Wege dem sozialdemokratischen Führertum — man sagt auch scherzhafterweise Heher — das Genick zu brechen ist. Gegen die Arbeiter an sich richtet sich die Umsturzvorlage nicht, Gott bewahre, die Arbeiter sind zufrieden, geduldig, sie haben den Glauben an ein besseres Jenseits, Gott sei Dank, noch nicht verloren — unzufrieden ist nur das Führertum, das die Arbeiter verheßt und — dem Herrgott sei es geklagt — den Arbeitern den Frieden stören und ihnen den Glauben an ein besseres Jenseits nehmen. Das sind Klagen, die, mehr oder minder elegisch vorgetragen, wir in der Umsturzkommission zu hören bekamen.

Was diese Kommission zur Vernichtung des Führertums bereits beschlossen, ist ja unseren Lesern hinlänglich bekannt. Bei aller Intelligenz, die den Mitgliedern dieser Kommission innewohnt und bei aller „Schicklichkeit“, mit der sie Gesetze schmieden zur Bekämpfung der sogenannten Umsturzbestrebungen und der Umstürzmänner, erlaubt ihre Intelligenz, ihre Schicklichkeit vor der Intelligenz und Schicklichkeit, die den Männern vom „**Volkswirtschaftlichen Verbande**“ innewohnt, der in der Hauptstadt des Deutschen Reiches das Licht der Welt erblickt hat. Gute ordnungsliebende Brüder (Industrielle, Ingenieure, Baumeister, Beamte, Kaufleute, Landwirte, Handwerker und last not least [als letztes aber nicht geringstes] Arbeiter) sollen sich zu einer „dauernden Organisation“ gegen die Umstürzbewegung vereinigen — eine Art Selbsthilfe. Spät kommt Ihr, doch Ihr kommt. Dieser Spruch Schillers („Die Piccolomini“, 1800.) findet am Ende des neunzehnten Jahrhunderts immer noch Anwendung.

Dieser „Volkswirtschaftliche Verband“ hat auch ein Programm entworfen — ein so wichtiger Verband ohne Programm gleicht einem Hunde ohne Schwanz. Und in diesem Programm — man kann auch gelehrte Schulschrift sagen — heißt es, daß „mit Polizei und Gericht, mit Beschränkung der freien Meinungsäußerung, des Vereins- und Versammlungsrechtes, mit kleinlichen Verfolgungen Einzelner und Eingriffen der Verwaltung in das Erwerbsleben nichts erreicht wird, im Gegenteil, die Stellung der Führer dadurch befestigt wird... Es ist offenbar ein Mangel an politischer Leistungsfähigkeit, wenn man nicht ohne die Staatsgewalt mit den Hehern fertig werden kann; unsere Arbeiter sind keine gefährlichen Menschen, man kann sehr gut mit ihnen verkehren und sie zu anderen Ansichten bringen!“

Wenn das so leicht wäre — warum hat der „Volkswirtschaftliche Verband“ nicht schon längst seine Schleißen geöffnet und die guten, braven Arbeiter in sich aufgenommen; warum erst jetzt diese Erkenntnis, nachdem bereits Millionen Arbeiter in die „Neze der Heher“ gelaufen? Ja, diese Heher. Aber jetzt soll das anders werden, jetzt heißt es fest und sicher angepaßt und die Heher moralisch unterdrückt. Zu diesem Zwecke hat der Verband ein kleines Arbeiter-WBC herausgegeben — nach dem Alphabet die zu beantwortenden Fragen geordnet. In diesen Fragen ist sehr viel die Rede von der Arbeiter-Ausbeutungsfirma Bebel, Liebknecht, Singer u. Co. Wir wollen einige Fragen hierherheben:

- c) Wie hoch belaufen sich die Ausgaben der Arbeiter für Parteizwecke und was haben sie dafür? Was verdient die Arbeiter-Ausbeutungsfirma Bebel, Liebknecht, Singer u. Co. bei der Parteileitung?
- d) Wer kontrolliert den Verbrauch der freiwilligen Arbeiterbeiträge?
- e) Wer giebt die sichersten Angaben über Lebenshaltung der Arbeiterführer, über persönliches Auftreten, Arbeitsleistung, Arbeitszeit, Einnahmen und Ausgaben, über Wohnung, Kindererziehung, Steuern usw.
- f) In welchem Maßgrade setzen die Arbeiterführer ihre angebliche arbeiterfreundliche Gesinnung in Geld oder in geschäftliche Vorteile um — als Gastwirte, Eigarrenhändler, Gutverkäufer etc. — indem sie mit der Partei sich die Kundschafft verschaffen?
- g) Ist die Arbeiter-Ausbeutungsfirma Bebel, Liebknecht, Singer u. Co. der enorm gestiegenen Bergnützungsucht der Arbeiter entgegengetreten? Nicht einmal die Ausplünderung auf den Tangfäden wird beschränkt, diese Goldgruben müßte man besteuern.

In diesem Tone geht es das ganze Alphabet hindurch. Alle die Mitteilungen sollen an den Leiter des „Volkswirtschaftlichen Verbandes“, Charlottenburg, Riedemanns Privatweg, geschickt werden. Hoffentlich zeigt sich der Verband uns gegenüber erkenntlich, daß auch wir, die mit den ver- Hehern in steter Verührung stehen, den „irregulären“ Arbeitern das Programm und das WBC-Büchlein unterbreiten. Wir erbitten uns eine Zusammenstellung des gesammelten Materials und versprechen gewissenhaften Nachdruck. —

Zur Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen.

* Die schamlose Ausbeutung der **Bureau-Angestellten** wird wieder einmal drastisch durch eine Annonce beleuchtet, die wir im Berliner Total-Anzeiger finden. Sie lautet: Comptoirist mit guter Handschrift, guter Schulbildung, 20 Mark Anfangsgehalt, für leichte Korrespondenz sofort gesucht. Offerten „Comptoirist“ Postamt 25. —

* Der **Rechnenschaftsbericht der Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands** (umfassend den Zeitraum vom 1. März 1892 bis 31. Dezember 1894) ist erschienen. Wir werden in den nächsten Tagen das Wissenswerte daraus mitteilen. —

* Die **Bergarbeiter** rühren sich. Seit Montag hat auf der in der Nähe Mühlheims gelegenen Grube Lüderich die ganze Belegschaft die Arbeit eingestellt, als ihr morgens eröffnet wurde, daß von jetzt an die Zeit der Ein- und Ausfuhr nicht mehr in die Schichtdauer eingerechnet würde. Im ganzen Revier war es bisher Brauch, daß die Schicht einschließlich Ein- und Ausfuhr acht Stunden dauert. Die Neuerung hat viel böses Blut erzeugt, zumal die Grube bisher als sehr ertragsfähig gilt. —

* **Zwei Arbeiterinnen geädert.** Die Wiener elektrische Glühlampenfabrik Sturm u. Komp. teilt den Inhabern der beiden anderen Wiener gleichartigen Fabriken mit, daß die Glasarbeiterinnen Rosa Slama und Rosa Kotka die Fabrik ohne „Einwilligung des Unternehmers“ verlassen haben. Die Firma Sturm u. Komp. warnt die Unternehmer anderer Glühlampenfabriken die beiden Arbeiterinnen aufzunehmen — mit anderen Worten: die Arbeiterinnen sollen dem Hungertode erliegen oder reumütig in die Fabrik zurückkehren. Gegen ein derartiges schamloses Ansinnen schützt nur Anschluß an die sozialdemokratische Partei, welche für die Befreiung der Arbeiter aus kapitalistischer Knechtschaft kämpft. —

Das Umsturzgesetz und die Poeten.

Die Volks-Zeitung schreibt: Wiederholt ist darauf hingewiesen worden, daß das Umsturzgesetz dem Staatsanwalt und der richterlichen Erkenntnis einen so weiten Spielraum läßt, daß wenige Dichter unangefochten bleiben können. Leider regt sich die deutsche Schriftstellerwelt nicht in dem Maße, wie es namentlich der Zusatz zum § 130 erfordert. Ein süddeutsches Blatt hat sich den Scherz gemacht, durch Stellen aus unsern Klassikern zu beweisen, daß Goethe, Schiller, Lessing, Heine u. a. m. allesamt strafwürdig erscheinen, wenn die Ideen der Umsturzvorlage durchdringen. Was für Goethe und Schiller nur Scherz war, ist aber für Ferdinand Freiligrath fast Ernst geworden. Seinen im Dezember 1843 gedichteten Vierern „Trotz alledem“ (Nach Robert Burns) und „Die Freiheit das Recht!“ versagte das Ober-Censurgericht im Jahre 1844 den Druck. Beide Gedichte waren zur Aufnahme in die Köllische Zeitung (!) bestimmt und die Behörde verbot die Veröffentlichung. Als sich Freiligrath am 3. Januar 1844 beschwerte, erhielt er einen ablehnenden Bescheid mit der folgenden Begründung:

Die Gedanken, von welchen beide Gedichte ausgehen, sind bei lazier und reiner Auffassung und Anwendung vollkommen wahr und mögen auch in poetischer Form ausgesprochen und veröffentlicht werden. Es ist aber denselben in vorliegenden Gedichten eine solche Wendung und Beziehung gegeben, daß damit den gegen die bestehende soziale und politische Ordnung der Dinge ankämpfenden Tendenzen — in dem ersten den falschen Freiheitsideen, in dem anderen der feindseligen Entgegensetzung der verschiedenen Stände — in **aufregender Weise** das Wort geredet wird, weshalb die Strafbarkeit dieser Gedichte nach Artikel IV der Censur-Instruktion sich klar herausstellt. Berlin, 13. Februar 1844.

Das königl. Ober-Censurgericht. **B o r n e m a n n.**
Das Gedicht „Trotz alledem“ verherrlicht das wahre Mannes- und Menschentum. „Und sitzt ihr auch beim fargen Mahl in Zwisch und Wein und alledem, gönnt Schürken Sammt und Goldpokal — ein Mann ist Mann trotz alledem!“ Und das zweite Gedicht preist Freiheit und Recht, die beide „des Leibeigenen Bande“ sprengen, und schließt mit den Worten:

„Unterdeß hebt die Gläser! Ihr Wohl, die da tritten!
Die da tritten und mutig ins Elend drum schritten!
Die das Recht uns verfolgten, und Unrecht drum litten!
Hoch ewig das Recht — und die Freiheit durchs Recht!
Die Freiheit durchs Recht!“

Diese so überaus allgemeinen Verse galten der Censur-Behörde im Jahre 1844 für anstößig. Die „aufregende Weise“, wie es in dem Erkenntnis heißt, lebt nun in der Phrase „die den öffentlichen Frieden gefährdende Weise“ wieder auf, die sich im Zusatz zu § 130 findet. Im Jahre 1844 wurde der Poete, die die Deffentlichkeit „aufregen“ oder „gefährden“ konnte, nur die Druck-erlaubnis verweigert, im Jahre 1895 soll sie Geldstrafe bis zu 600 Mark oder Gefängnis zu zwei Jahren einbringen!

Statistisches.

Jugendliche Arbeiter in Deutschland. Nach einer im vierten Heft des Jahrgangs 1894 der „**Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs**“ enthaltenen, auf Grund der Gewerbeinspektionsberichte für das Jahr 1893 angefertigten Uebersicht der jugendlichen Fabrikarbeiter und Fabrikarbeiterinnen im Deutschen Reich wurden im Jahre 1893 in Fabriken und solchen gleichstehenden Anlagen, die den Gewerbeaufsichtsbeamten (Fabrikinspektoren) unterstellt sind, 219 871 jugendliche Arbeiter im Alter von unter 16 Jahren (gegen 220 174 im Jahre 1892) beschäftigt, und zwar im Alter von unter 14 Jahren 3730 Knaben (1892 7426) und 2181 Mädchen (1892 3813); im Alter von 14 bis 16 Jahren 140 695 Arbeiter (1892 139 513) und 73 265 Arbeiterinnen (1892 69 322). Die Fabrikarbeit von Kindern ist nach diesen Angaben seit 1892 wohl infolge der neueren gesetzlichen Bestimmungen über die Beschäftigung von Kindern zurückgegangen. Von der Gesamtzahl der in Fabriken beschäftigten Kinder finden 28 Prozent in der Textilindustrie, 20,9 Prozent in der Industrie der Steine und Erden und 12,4 Prozent in der Industrie der Nahrungs- und Genußmittel Verwendung. Die Zahl der Arbeiter zwischen 14 und 16 Jahren hat seit dem Jahre 1892 um 2,5 Prozent zugenommen. Von diesen waren 27 Prozent in der Textilindustrie, 11,7 Prozent in der Industrie der Steine und Erden, 11,4 Prozent in

der Metallindustrie beschäftigt. Erwachsene Arbeiterinnen waren im Jahre 1893 in Fabriken beschäftigt 616 620. Davon hatten 249 209 oder 40,7 Prozent ein Alter von 16—21 Jahren, 367 411 oder 59,6 Prozent waren über 21 Jahre alt. —

Das Centrum in der Enge.

Jetzt regen sich auch in den preussischen Provinzen die Katholiken, um gegen die Haltung des Centrums in der Umsturzkommission zu protestieren. Dem Reichstagsabgeordneten Dr. Sigl ist aus dem Kreise Neu-Ruppin ein Schreiben zugegangen, das so lautet:

Wir von Ruppin wohnenden Katholiken, die wir heute Freitag in Neu-Ruppin zusammengetroffen sind, müssen unsern Bestreben in der Umsturzkommission unsere tiefste Empörung über das unverantwortliche volksfeindliche Verhalten der Kommissionsmitglieder des Centrums ausdrücken. Wir in der Diaspora lebenden Glaubensgenossen müssen uns von den anderen genug sagen lassen: Dieses heimliche Diplomatische hinter den Kulissen zum Schaden des Volkes, dies Feilschen und Schachern zum Nachteil der Freiheit, die überall genug schon dem Volke beschritten ist, wird sich noch bitter rächen. Dieses Liebüßlein des Centrums mit den hocharistokratischen Agrariern hat uns schon längst nicht mehr gefallen. Das wäre unter unserm treuen guten Windhorst nicht passiert. Reizen Sie nur das Volk so weiter, dann werden wir auch Schlimmes genug erleben! **Den Hauptvorteil haben allein die Sozialdemokraten.**

Ob diese Mahnung helfen wird? Wir bezweifeln das. Auf die Diplomatie und das Schachern pflegen sich die Herren vom Centrum zu verstehen (lies Politik). Das Centrum — so führt die Volkszeitung aus — das bei Beginn dieser Session eine scharfe Sprache gegen die Regierung führte und sich als Volkspartei maskierte, hat für gut befunden, kehrt zu machen. Man diener vor dem Präsidenten des Reichstages, indem man die Verschärfung seiner Strafgewalt bewilligt, nachdem man sie erst bekämpft hat; man genehmigt einen kostspieligen Schießplatz für die württembergische Artillerie, nachdem man vorher diese Forderung als ganz ungerechtfertigt kritisiert hat; man bietet auch in der Umsturzkommission der Regierung die Hand, nur daß man den ursprünglichen Entwurf noch in der gefährlichsten Weise verschlechtert. Dieser klassische Beschluß über § 112 des Strafgesetzbuchs macht fortan jede rückhaltlose Erörterung militärischer Verhältnisse unmöglich. Wer über die Militärgerichtsbarkeit, über die Mißhandlungen in der Armee, über die Kantinen, über die Pensionsverhältnisse oder auch nur über die grauen Mäntel oder die Offizierssäbel oder über das Offiziersbuehl unumwunden seine Meinung ausspricht, der kann mit 3 Jahren Gefängnis bestraft werden; denn das Gericht kann annehmen, daß er diese Äußerungen gegenüber Angehörigen des Heeres gethan hat; lesen doch auch Angehörige des Heeres Zeitungen, und vielleicht befand sich bei der Besprechung dieser Dinge in der Gesellschaft ja ein Offizier oder ein Einjährig-Freiwilliger; das Gericht kann ebenso annehmen, daß der Kritiker in der Absicht gesprochen habe, die militärische Zucht und Ordnung zu untergraben, und ferner, daß seine Äußerungen Einrichtungen des Heeres verächtlich machen. Das alles kann der Angeschuldigte bestreiten; aber es ist ausschließlich Sache des Gerichts, auf Grund des Eindrucks, den es aus der Verhandlung gewinnt, den Thatbestand fest zu stellen, und wenn das Gericht nach freier Beweiswürdigung die Ueberzeugung gewinnt, daß in der That eine solche Absicht vorgelegen hat, so wird der Angeschuldigte verurteilt — „**Von Rechts wegen.**“

Mit dieser neuen kautschukartigen Strafbestimmung, die selbst angesehene Militärschriftsteller, wie Herr Friz Hönig, der Gefahr aussetzt, auf die Anklagebank gebracht zu werden, wünscht das Centrum die deutsche Nation zu beglücken.

In gleichem Tone bekämpft auch die Volkszeitung das Centrum; auch sie hebt die Gefährlichkeit des von uns gestern besprochenen § 112 der Umsturzvorlage hervor. Wie wird der Kriegsminister lachen, wenn er die Bestimmung liest! Fortan ist er und der gesamte Heereskörper außerhalb des Reichstages vor jeder Kritik sicher. Alles ist hier Kautschuk, und noch dazu von der dehnbarsten Sorte. Nach militärischen Anschauungen untergräbt jede Kritik, z. B. eines Marktes bei übermäßiger Hitze, die militärische Zucht und Ordnung. Und das Verächtlichmachen: Nun, der § 131 des Strafgesetzbuchs hat seine Geschichte. Von Soldatenmißhandlungen kann man, wenn diese Bestimmung Gesetz wird, überhaupt nicht mehr sprechen. Wer fortan noch Straßenasperrungen, die zum Zwecke der Abhaltung von Paraden geschähen, kritisiert, macht militärische Einrichtungen verächtlich. Es ist garnicht abzusehen, was der § 112 in dieser Fassung alles birgt. Oder vielmehr, es ist sehr wohl abzusehen: Er birgt die **Ruhe des Archhofs** bezüglich der Kritik militärischer Einrichtungen, er ist der Schlüsselstein des Bekenntnisses, daß Heer und Marine einen Staat im Staate bilden, heiliger als die Staatsordnung selbst.

Das ist nicht übertrieben, das ist die blanke, nackte Wahrheit der Thatfachen, und die Partei, die für Wahrheit, Freiheit und Recht kämpft, ist die Helfershelferin. Und was noch dem Kriegsminister an Macht fehlen sollte, wenn der Paragraph Gesetz wird — der Richter und der Staatsanwalt in der Rejervolientenantsuniform, er wird's voll machen.

Diese Fassung der Strafvorschrift, die noch schlimmer ist als der Vorschlag, den die Regierung gemacht hatte, haben die Mitglieder des Centrums ausgeheckt und in der Kommission durchgejast. Man wird endlich über-

wissen, was man von dieser Partei zu erwarten hat. Sie ist immer bereit, alle Freiheiten und Volksrechte schmüde zu verkaufen, wenn sie ihre selbstsüchtigen Zwecke fördern kann. Und der Antisemit Zimmermann besand sich in guter Gesellschaft. Deutsches Volk halt die Augen offen, schütze Dich vor Volksbetrug! —

Aus den Gerichtssälen.

§ Magdeburg. (Schwurgericht.) Wegen wissentlich falscher Anschuldigung, wissentlichen Meineides und Anstiftung dazu haben sich zu verantworten: 1. die verehelichte Arbeiterin F. Anna geborne H., geboren 1846, evang., unbestraft; 2. der Zimmermann A. H., geboren 1873, evangelisch, unbestraft; 3. der Arbeiter G. H., geboren 1878, evangelisch, wegen Diebstahls mit einem Jahr Gefängnis und wegen Bedrohung mit 3 Tagen Gefängnis vorbestraft, aus Groß-Ottersleben. Auf Grund des Beweisergebnisses bejahten die Geschworenen gegen Frau F. wissentlich falsche Anschuldigung und wissentlichen Meineid in drei Fällen, gegen A. H. nur wissentlichen Meineid in zwei Fällen, gegen G. H. wissentlichen Meineid in einem Falle und zwar mit dem Strafermäßigungsgrunde aus § 157 des Str.-G.-B., bei A. H. jedoch nur für den ersten Fall. Der Gerichtshof erkannte gegen Frau F. auf 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust und Publikationsbeschluss des Beleidigten in der Magdeburger Zeitung, gegen A. H. auf 1 Jahr 3 Monate Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust und dauernde Unfähigkeit als Zeuge und Sachverständiger eidlich vernommen zu werden, gegen G. H. auf 6 Monate Gefängnis. —

§ Berlin. (Zur Warnung.) Bier Steinträger, die einem Radfahrer einen Knüttel in das Behältnis geworfen und ihn dann geprügelt hatten, erhielten gestern vom Schöffengericht am Amtsgericht II gleichfalls unter Zustimmung mildernder Umstände je 6 und 7 Monate Gefängnis. —

§ Braunschweig. (Güterbahnhofs-Diebstähle.) Am 15. und 16. d. Mts. fand vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts die Verhandlung gegen 15 Rangierer und Wagenschieber, Hilfsrangierer zc. sowie drei Frauen statt wegen großer und umfangreicher Diebstähle, welche im letzten Jahre auf dem Güterbahnhofs der Staatsbahn verübt wurden. Es waren namentlich durchgehende Wagen nach Befestigung der Plomben bestohlen worden. Zehn Angeklagte wurden mit Zuchthausstrafen von 1 1/2 bis 3 Jahren, sechs mit Gefängnisstrafen bis zu einem Jahre belegt. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen. —

§ Gent. (Die Genter Webwaren-Fabrikanten sind gerichtet.) Die Anklagen Anseles in der belgischen Kammer gegen die betrügerischen Praktiken der Genter Webereien und Spinnereien haben sich auch vor Gericht als stichhaltig erwiesen. Das Genter Gericht hat vier Webereibesitzer verurteilt wegen Nichtbeachtung der Gesetze und Bestimmungen über die Arbeitsdauer und die Zahlung der Löhne an die Arbeiter. Im Ganzen waren achtzehn Arbeitgeber verfolgt, vierzehn wurden aber freigesprochen, weil die Thatsachen nicht genügend erwiesen waren, aber mit der Mahnung, sich fernerhin strengstens an die gesetzlichen Bestimmungen zu halten. Die schändlichen Mißbräuche, die Anseles an den Pranger gestellt hat, sind also jetzt gerichtlich bewiesen. Gleichwohl hatten auch einige Herren im Senat den Mut, gegen Anseles Anklagen Einspruch zu erheben. Sie sind mit gerichtet. —

Wie die Schergen Crispis arbeiten.

Der Prozeß gegen die dreißig Sozialisten in Rom hat schauerhafte Dinge zu Tage gefördert, wie die Crispischen Schergen die Opfer von Crispis Willkür mißhandelt. Der Aktenbauingenieur Beduzzi erzählt, sein Gefängnis sei schlimmer als eine Mißgrube gewesen. Nach seiner Vernehmung sollte er per Schuß nach Cremona zu kommen. Um auf diese Weise nach Cremona zu kommen, führte er in der Verhandlung aus, hätte ich mehr als sechs Wochen gebraucht, denn man hätte mich immer gebunden durch alle Gefängnisse Italiens geführt. Ich war darauf vorbereitet, denn in den nässigen, niedrigen und schmutzigen Zellen von San' Andrea della Fratte hatte ich mir eine Bronchitis geholt. Ich war daher entschlossen, mit aller Kraft zu widerstehen, und ich handelte auch danach. Als es zur Exekution kam, weigerte ich mich anzukommen. Obwohl es Dezember war, wurde ich nackt in den Hof hinausgetragen und die Wänter wollten mich anfleiden, aber es gelang ihnen nicht, und als ich fortjührte, mich ihnen zu widersetzen, bekam ich eine Zwangsjacke und wurde ins Frennhaus gesperrt. Dort erkannte man sofort, daß ich gesund sei, aber nun hat ich den Direktor, daß er mich aus Santharzigkeit unter dem Vorwand der Beobachtung bei sich behielte, was er auch that. Wenn ich heute noch lebe, so verdanke ich es der Menschenfreundlichkeit des Direktors. —

Der die Verbrechengeheime Beduzzi vernommen hatte, schreibt ein Berichterstatter der Frankfurter Zeitung, der verließ den Gerichtssaal mit der Überzeugung, daß die Polizei noch zu bereuen haben werde, diesen Prozeß angestrengt zu haben. Die Freisprechung ist auch wirklich erfolgt und der Gewinn, den die Polizei aus dieser Affäre fortträgt, besteht darin, daß dem Sozialismus neue Statuten zugesetzt werden. Der Sozialismus ist durch die Polizei nicht zu überwinden; dazu gehören erst Reformen, zu denen aber niemand weniger gewillt ist, als die italienische Regierungsgesellschaft. —

Zeichen der Zeit.

Schilderter Proletariat. In auswärtigen Blättern liest man folgende Korrespondenz aus München: Die große heutige die Stellenlosigkeit, beziehungsweise wie höher es jetzt in Bayern und Deutschland auch für Journalisten ist, bei Kündigung wieder eine Stelle zu finden, charakterisiert das Zustand, daß ein hiesiger Redakteur trotz seines Destitutions und trotz vorzüglicher Dienste bis

nach Moskau wandern muß, wo er endlich wieder anzukommen vermag. Um jede Bilanz bewerben sich Dutzende von Männern der Feder, während diese selbst in ein Paar Dutzenden von Inseraten ihre Dienste anbieten können, ohne auch nur eine Offerte zu erhalten. Trotzdem werfen sich alljährlich Hunderte von Gebildeten auf dieses abgegraste Jagdgebiet, nur um so das Geistesproletariat ins Ungemessene zu vermehren. —

Von der in Breslau herrschenden Not kann man sich eine schwache Vorstellung machen aus folgender Veröffentlichung des hiesigen Asylvereins für Obdachlose: In der Zeit vom 15. Dezember bis 10. Februar sind 59515 Portionen Mittagessen an Arme unentgeltlich abgegeben worden. Gegenwärtig werden täglich 1200 Portionen verabfolgt. Außerdem werden täglich 70 notleidende Schulkinder mit Frühstück und Mittagessen während des Winters im Asylhause verpflegt. Ferner erhalten täglich „mehrere hundert“ dem Arbeiterstande angehörige Personen (Arbeitslose) das verlangte Essen. —

Aus Nahrungsorgen erhängte sich der Arbeiter Meier in Berlin. Seine Frau fand den geliebten Mann kalt, mit halbgeschlossenen Augen — sie sprachen von kummervollem Weh, von der „Ordnung“, welche ein Opfer nach dem andern fordert. —

Die bürgerliche Weltordnung wird durch einen Artikel der Kreuzzeitung trefflich skizziert, der sich mit den Wohlthätigkeitsbestrebungen eines Berliner Vereins beschäftigt, auf dessen Bitte in den Zeitungen etwa Hundert Pakete mit alten Kleidungsstücken eingegangen waren. Die Unglücklichen, die diese Sachen zugeteilt erhielten, werden wie folgt beschrieben:

Da stehen die Menschen da mit fast bloßen Füßen, in zerissenen Stiefeln bei zehn Grad Kälte. Auf dem bloßen Kopfe, auf dem zerissenen Hemd tragen sie ein durchlöcheretes Röcklein. Dünne Sommerhosen bedecken die Beine. Prüdel geht der Sekretär Silweit durch die Reihen. Die Würdigkeit ist schwer zu untersuchen. Der Grad der Bedürftigkeit entscheidet. Da bekommt der eine einen Leberzieher, muß aber zur Besichtigung sein leichtes Jackett ausziehen und da lassen. Ist es noch brauchbar, so bekommt es ein anderer, anderenfalls kommt es in die Lampen. Andere erhalten einen Rock, andere, die oft kaum noch ihre Blöße bedecken können, Beinleider, fast jeder ein Paar Stiefel. Der Bartorenus wird zum Umkleebegleiter. Die nackten Füße gelte sich mit Großbuden bedeckt. Hier und da wird einer gleich verbunden und mit heilender Salbe versehen. —

Und so weiter. . . . Einen außerordentlichen Notstand, wie gesagt, giebt es nicht; Zustände, wie die hier geschilderten, gehören zum eigentlichen Bestande der durch Umsturzparagrafen vor jeder vorlauten Kritik zu schützenden bürgerlichen Weltordnung. —

Eine Journalistenbegnadigung. Das Eintreten des Landrats Eratz zu Memel in die Reichstagswahl des Jahres 1893 hatte, wie noch bekannt sein dürfte, zu einer Verurteilung der Redakteure Dr. Riß und Sodaczewer von dem liberalen Memeler Dampfboot wegen Beleidigung jenes Beamten geführt. Die gegen dieselben erkannte Geldstrafe von 30 Mark ist, wie uns mitgeteilt wird, den beiden Redakteuren jetzt vom Kaiser im Gnadenwege erlassen worden. —

Der Kapitalismus als Familienzerstörer hat in Kopenhagen in grauenerregender Weise ein Opfer gefordert. In Hellerup, einer der entfernteren Vorstädte Kopenhagens, verbrannte vor einigen Tagen ein kleines sechsjähriges Mädchen vollständig bei dem Versuche, sein kleineres Schwesterchen zu retten. Die Eltern der Kinder, Fabrikarbeiter, hatten sich zur Arbeit begeben und vorher die Wiege, in der das kleinste lag, dicht an den stark erhitzten Ofen gerückt. Die Wiege geriet in Brand und das ältere Kind warf sich über die Wiege, um sein Schwesterchen zu retten. Dabei jagten die Kleider des Kindes Feuer. Sein Geschrei blieb unerhört, und dem strengen Befehl der Mutter gehorchend, gut für das Schwesterchen zu sorgen, scheint das Kind die Rettungsversuche fortgesetzt zu haben, bis es nicht mehr im stande war, sich selbst zu retten. Eine zufällig vorüberkommende Frau bemerkte den Brand, drang in die Stube ein und fand in der brennenden Wiege das kleinste Kind noch unverleht, daneben auf dem Boden den völlig verkohlenen Leichnam der Schwester. —

Nieder mit der Sozialdemokratie.

Hv. Nach einer der Volksstimme in Frankfurt a. M. zugegangenen „geheimen“ Verfügung hat der Regierungspräsident der Provinz Hannover die Schulbehörden angewiesen, die Sozialdemokraten zu bekämpfen und zwar durch die Förderung der Zwecke des „Christlichen Zeitungsverbands Berlin“, SW., Ritz-Jakobstraße 126.

Der Berliner Verein verleiht nämlich sogenannte „Volksbibliotheken“, das heißt Zusammenstellungen von 20 Bänden, auf ein Vierteljahr zum Preise von 3 Mark. Unter den 20 Bänden der 1. Bibliothek finden wir z. B. „Kaiserin Auguste Viktoria“, „Faust“ unter der Schirmdachherausgabe, „Margot“, „Wunderbare Gotteswege aus der Gegenwart“, „Rhemanns“, „Der Himmel der Sozialdemokraten“. Wer begreift unser Erschauern, als wir unter dieser anmaßigen Gesellschaft in der 2. Bibliothek auch Goethes „Faust“ fanden. Wie gerät eine so durch und durch widerprüfliche Dichtung in die Sammlung einer christlichen Bibliothek? Hoff man etwa, die Leser würden den tiefen Sinn der Dichtung nicht verstehen und etwa an dem darin aufstrebenden Sentiment des lieben Gottes und des reichhaltigen Lesers ihren Glanzen stärken?

Der Berliner Verein stellt aber nicht nur „Volksbibliotheken“ den Leservereinen zur Verfügung. Er unterhält auch einen „Lesekreis“. Dieser besteht aus Zeitungsmappen, die ganz fertiggestellt, geheftet und bequ岸ten portofrei geliefert werden, so daß sie sofort laesuren können. Sie werden wöchentlicher vom Verein zugeandt und bleiben Eigentum der Abonnenten. Diese Mappen wandern in der Gemeinde von einem zum andern. Eine solche Mappe kostet 3 Mk. vierteljährig. Je mehr Teilnehmer sich finden, können mehrere Mappen gehalten werden. Der Inhalt einer solchen Mappe, welcher die Sozialdemokratie verurteilt, ist sehr interessant. Mappe A heißt: „Die Welt“, welche auf dem Titel die Ueberschrift „Christliche

Zeitschriften“ führt, enthält: 1. das „Berliner Evangelische Sonntagsblatt.“ 2. „Gräß Gott.“ 3. „Bilder aus der Mission.“ 4. „Daheim.“ 5. „Illustrierter Familienfreund.“ 6. „Mappe B“ führt denselben Titel. C. „Unterhaltungsblätter.“ D. „Aus Zeit und Welt.“ E. „Wochen-Rundschau.“ — Für Leser, welche recht artig sind und fleißig die Bibliotheken benutzen, werden Prämien ausgelegt, z. B. ein großes Delbruckbild vom deutschen Kaiser oder der Kaiserin, Bismarckbilder, Bilder vom guten Hirten u. s. w. —

Die Gründung dieser Volksleservereine und Lesekreise soll nun von den Volksschullehrern eifrig gefördert werden. Zu dieser Gründung braucht aber durchaus kein Kapital vorhanden zu sein, was der guten Sache zu großem Vorteil gereichen wird. Jedes Mitglied hat nämlich nur 50 Pf. Eintrittsgeld und einen monatlichen Beitrag von 20 Pf. zu zahlen. Wenn ein Volksleserverein nur die kleine Summe von 3 Mk. aufgebracht hat, kann er schon in volle Thätigkeit treten. —

Ist das nicht ein genialer Gedanke? Wenn das nicht gut vor — Sozialdemokraten ist, dann wissen wir nicht, was besser ist. Jetzt wird es endlich gelingen, den „radikalen Not“ den Garauz zu machen — denkt der Regierungspräsident der Provinz Hannover. Unser Segen im Voraus! Wir haben nur die Bitte, die Schulbehörden möchten der Verfügung des Grafen von Bismarck unverzüglich nachkommen und allerorts derartige Vereine und Lesekreise gründen: Ist erst einmal das Bedürfnis zum Lesen geweckt, dann werden wir trotz Umsturz und trotz Verfügungen und Erlassen schon dafür Sorge tragen, daß das Lesebedürfnis auch befriedigt wird, und zwar durch gesunde Lektüre.

Also frisch an's Werk, ihr Schulbehörden, es gilt den Boden zu bereiten, für die Partei der Zukunft, für die heute von den Besitzenden aus beste gehalten, aber von Millionen des arbeitenden Volkes mit Begeisterung getragenen Ideen der Sozialdemokratie! Vortritt nur den Boden! Das übrige werden wir dann schon besorgen. —

Gesundheitspflege.

Neun und Neunziger werden im Volksmunde die Apotheker genannt. Damit soll angedeutet werden, daß die Apotheker mit 99 Prozent Verdienst arbeiten. Nachstehende von einem Fachmann aufgemachte Rechnung strast jedoch dieser Behauptung. In der von Herrn Pafie herausgegebenen Schrift Enthüllungen über unser Apothekergewerbe für das Volk wird die Jahresrechnung einer Krankenkasse aufgemacht. Dieselbe hat 508 verschiedene Arzneien für 509 Mk. 45 Pf. erhalten. Pafie hat nun die zu diesen Rezepten verbrauchten Arzneien genau geprüft und ist zu folgendem Ergebnis gekommen: Im Ganzen kosteten dem Apotheker die zu den 508 Rezepten verbrauchten Drogen 50.14 Mk. Er ließ sich dafür bezahlen 269.03 Mk., verdiente also 218.89 Mk. oder 437.6 Prozent. Da er für Arbeitslohn, Gläser, Krufen und Schachteln aber noch extra berechnen darf, so mußte die Kasse im Ganzen bezahlen 509.45 Mk. Es verteuerten sich also die Drogen in der Apotheke um 438.44 Mk. oder ca. um 600 Prozent. — Nun, Leser beurteile die — Notlage der Neun und Neunziger. —

Wie erkennt man, ob Kinder krank sind? Schwerefranke Kinder, z. B. solche mit Lungenkrankheiten, Unterleibsentzündungen zc. schreien nicht, sondern das Kind zeigt einen kummervollen, gedrückten Ausdruck, wie wenn es vor Schmerzen schreien möchte, sich aber plötzlich anders besonnen hätte. Charakteristisch und stets verschieden ist die Lage der Kinder bei Lungenentzündung, Brustfellentzündung und Bauchfellentzündung. Bei Lungenentzündung liegen die Kinder stets ruhig auf dem Rücken, bei Brustfellentzündung liegen sie stets auf einer Seite und zwar auf der kranken Seite, beugen sich auch, wenn sie aufgenommen werden, nach der kranken Seite über. Bei Bauchfellentzündung dagegen liegen die Kinder auf dem Rücken mit zusammengezogenen Beinchen und auf dem Gesichte lagert wieder der Ausdruck des kummervollen Daseins. —

Ein stilles Einverständnis.

(Ein Mahnwort für die Volksschullehrer.)

Zv. Eine konservative Wählerversammlung für den Wahlkreis Weissenau-Raumberg-Zeit tagte jüngst in Weissenau. Bei dieser Gelegenheit gab der Landtagsabgeordnete Herr Landrat Windler-Zeit einen Rückblick über die verfloffene Landtags-Session und teilte bei dieser Gelegenheit mit, daß zwischen den konservativen Fraktionen und den Nationalliberalen ein stilles Einverständnis darüber herrsche, zur Zeit nicht eine Aufbesserung von Gehältern einer einzelnen Beamtenklasse mit Anspannung der staatlichen Beihilfe herbeizuführen. Eine gewünschte Besserstellung auf Staatskosten herzustellen, müsse bei den jetzigen finanziellen Mißverhältnissen abgelehnt werden. Dies treffe auch insbesondere auf die berechtigten Beschwerden der Volksschullehrer zu.

So berichtet die Saale-Zeitung. Der Bericht wird wohl seine Richtigkeit haben, da ihn übereinstimmend auch die Kreisblätter bringen. Es handelt sich hier um die Gehälter von Schullehrern, denen mit einem freundlichen Klaps auf die Schulter zugesandt wird, daß ihre Beschwerden „berechtigt“ sind, denen aber mit Entschiedenheit auf Grund des stillen Einverständnisses der gesamten Parteien eine Gehaltserhöhung verweigert wird. Die Parteien, die solchergestalt die berechtigten Beschwerden der Lehrer zwar von ihren Rednern anerkennen lassen, aber keineswegs gewillt sind, diesen Beschwerden abzuheffen, sind merkwürdigerweise auch diejenigen, die sich meist der entschiedensten Unterstützung der Lehrerschaft bei Wahlen erfreuen. Wann werden die Lehrer einmal daraus eine Lehre ziehen? —

Städtisches Museum, Domplatz 5: Geöffnet an jedem Sonntag von 11 bis 2 Uhr, an den Wochentagen mit Ausnahme des Montags von 11 bis 1 Uhr und von 3 bis 5 Uhr. Sonntag und Mittwochs freier Eintritt, an den übrigen Tagen Entree 50 Pf., Schüler 20 Pf.